

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Die türkische Republik verursacht gefährliche nationalistische Aufwallungen – Seite 4*
- *US-Immobilienkrise und der Fall des Dollarkurses – Seite 7*
- *Freiburg: Beteiligungshaushalt ohne Beteiligung? – Seite 12*
- *Die GDL streikt. SPD-Fraktion: Bahnvorstand soll hart bleiben – Seite 16*
- *Einladung zur Mitgliederversammlung Forum am 2. Dezember – Seite 19*

Ausgabe Nr. 23 am 16. November 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Halbjahres/Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 27,30/54,60 €, Sozialabo: 23,40/46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

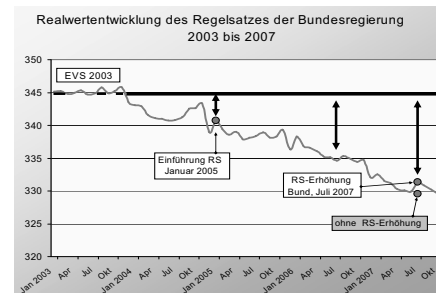
Streit um Staatsfonds

Handelsblatt, 9./10./11.11., rül. Wer erinnert sich noch an die ersten Alarmrufe, chinesische und / oder russische Staatsfonds drohten, die Creme der deutsche Wirtschaft zu übernehmen? Ein Versuch russischer Investoren, sich bei der Telekom einzukaufen und der Telekom im Gegenzug eine Geschäftsausweitung in Russland anzubieten, wurde prompt unter Ausnutzung der Bundesanteile an der Telekom abgewiesen. Auch russische Angebote zu einer stärkeren Kooperation und Beteiligung an der EADS bzw. am Airbus endeten erfolglos. Stattdessen befassen sich seit einiger Zeit diverse Kommissionen der Regierung mit der Frage, wie deutsche Unternehmen gegen unerwünschte Übernahmen durch solche Staatsfonds geschützt werden könnten. Der im Sommer errichtete chinesische Staatsfonds CIC (Kapital: 200 Milliarden US-Dollar) hat nun seine ersten Ziele bekannt gegeben. Zwei Drittel seiner Mittel sollen, so verkündete der stellvertretende chinesische Finanzminister auf einer Pressekonferenz in Peking, in die Kapitalaufstockung der chinesischen Landwirtschaftsbanken fließen, um die Modernisierung der Landwirtschaft voran zu treiben. Damit blieben nur ca. 70 Mrd. Dollar bzw. 45 Milliarden Euro für Auslandsinvestitionen. Investitionen in ausländische Telefongesellschaften, Fluggesellschaften und Ölfirmen sollen vermieden werden, erklärte der Minister, um westliche Befürchtungen weiter zu zerstreuen. Bisher ist der CIC nur an dem US-Finanzinvestor Blackstone mit 3 Milliarden Dollar beteiligt, im Gegenzug beteiligte sich Blackstone kurz darauf an chinesischen Industrieunternehmen. Das Gespenst der „Staatsfonds“ geistert dennoch weiter durch Medien und Politik. Dass private westliche Banken und Versicherungen ganz andere Vermögenswerte verwalten, fällt dabei unter den Tisch. Die Schweizer Großbank UBS etwa verwaltet weltweit über 2.200 Milliarden Dollar Vermögen, die deutsche Allianz etwa 1.600 Milliarden Dollar – mehr als alle russischen und chinesischen Staatsfonds zusammen.

Müntefering nimmt Armut billigend in Kauf

www.der-paritaetisch.de, 8.11. alk. Das Bundesarbeitsministerium hat in einem Gutachten abgelehnt, die Hartz-IV-Regelsätze wegen der Preisentwicklung außerordentlich anzuheben. Die Regelsätze werden alle fünf Jahre auf Grundlage einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe festgelegt (letzte Erhebung war 2003, Ergebnisse lagen 2006 vor; nächste Erhebung 2008, Ergebnisse

vermutlich 2010). Dazwischen wird der Regelsatz entsprechend der Erhöhung der Renten angepasst. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass die Rentenerhöhungen gedeckelt seien und er fordert eine jährliche Anpassung anhand der Preissteigerungsraten für den entsprechenden Warenkorb. Der Verband legte eine eigene Expertise vor, wonach der Kaufkraftverlust seit 2003 schon jetzt 5% beträgt. Nach Auffassung des Verbandes belegt auch der durch das Ministerium veröffentlichte Bericht, dass der Regelsatz nicht mit der



15 Euro realer Wert fehlen seit 2003 bereits aufgrund der Preissteigerungen!

allgemeinen Preisentwicklung Schritt gehalten hat. „Wer sich angesichts drastisch steigender Energie- und Lebensmittelpreise einer sachgerechten Leistungsanpassung verweigert, verschließt die Augen vor der Einkommensnot der Menschen und ignoriert die soziale Realität“, so Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. Positiv wertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die Pläne Franz Münteferings, zusätzliche Mittel für die Einschulung und die Schulspeisung für Kinder aus armen Familien zur Verfügung zu stellen. Diese punktuellen Maßnahmen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Regelsatz völlig neu berechnet werden muss, insbesondere um den Bedarfen von Kindern gerecht zu werden. Nach Berechnungen des Verbandes müsste ein bedarfsgerechter Regelsatz die Höhe von 420 Euro haben. Die Expertise des Paritätischen steht im Internet zum Download zur Verfügung.

Kritik an Art und Höhe der Bundesbeteiligung an Unterkunftskosten

www.bundestag.de/aktuell/hib, 7.11. alk. Die kommunalen Spitzenverbände lehnen die geplante Bundesbeteiligung an den Wohn- und Heizkosten von Empfänger des Arbeitslosengeldes II (Alg II) strikt ab. Im Mittelpunkt der Kritik von Städten und Kreisen steht neben der als zu gering erachteten Höhe der Bundesbeteiligung die neue Anpassungsformel, wie in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu einem entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (16/6774) am 7. November deutlich wurde. Im kom-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

menden Jahr soll erstmals die Veränderung der Zahl der Alg-II-Bedarfsgemeinschaften ausschlaggebend für die Anpassung der Bundesbeteiligung sein. Nach der Anpassungsformel erfolgt bei einer Veränderung der Bedarfsgemeinschaftenzahl um ein Prozent eine Anpassung des Beteiligungssatzes um 0,7 Punkte. Danach verringert sich die durchschnittliche Bundesbeteiligung im kommenden Jahr um 2,6 Prozentpunkte auf 29,2 Prozent, wodurch die Bundesbeteiligung mit rund 3,9 Milliarden Euro um rund 400 Millionen Euro unter der diesjährigen Bundesbeteiligung liegt. Die Leiterin des Sozialdezernats des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, wies darauf hin, dass die Kosten der Unterkunft gestiegen seien, obwohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig sei. Dies liege zum einen an Kostensteigerungen bei der Energieversorgung und an der Regelung, dass Unter-25-Jährige in der Regel keine eigenen Bedarfsgemeinschaften mehr bilden dürften. Weiter hieß es, die Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung seien zwischen Juli 2006 und Juni 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 12,5 auf rund 13,7 Milliarden Euro gestiegen, von denen die Kommunen rund 70 Prozent zu tragen hätten. Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften im selben Zeitraum von rund 3,98 auf 3,83 Millionen bilde die Kostenentwicklung deshalb nicht ab und die Absenkung der Bundesbeteiligung um 400 Millionen Euro sei „keinesfalls gerechtfertigt“. Der Referent des Deutschen Landkreistages, Markus Keller, fügte hinzu, die einzige akzeptable Form der Berechnung sei bei Zugrundelegung der tatsächlichen Kosten gegeben. Dem schloss sich auch die Sachverständige des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Antje Wrackmeyer, an. Ein weiteres Problem, so Keller, sei die steigende Zahl von Erwerbstätigen mit Ansprüchen auf Unterkunftskosten nach Hartz IV (so genannte Aufstocker). Dies lasse einen weiteren Anstieg der Ausgaben befürchten. Till Müller-Schoell, Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, warnte, wenn der Bund seinen Anteil an den Wohn- und Heizkosten reduziere, sei dies ein weiterer Rückzug aus der Verantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit, der zu Lasten der Kommunen und letztlich zu Lasten der Alg-II-Bezieher gehe. Mit der Hartz-IV-Reform war seinerzeit festgelegt worden, dass die Kommunen – unter Berücksichtigung der sich aus der Reform ergebenden Einsparungen der Länder – um jährlich 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Laut Gesetzentwurf belaufen sich die für 2008 zu erwartenden Kosten für Unterkunft und Heizung auf insgesamt 13,4 Milliarden Euro. Mit dem Bundeszuschuss müssten

die Städte und Gemeinden einen Eigenanteil in Höhe von rund 9,5 Milliarden Euro aufbringen, heißt es im Gesetzentwurf.

Arm, alleinstehend, wohnungslos

www.bagw.de, 7.11. alk. Vom 7. Bis 9. November fand in Potsdam mit knapp 600 Teilnehmenden und Mitwirkenden aus Sozialarbeit, Verbänden, Wissenschaft, Verwaltung und Politik die bislang größte Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) statt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist die bundesweite Dachorganisation der Einrichtungen und der sozialen Dienste der Wohnungslosenhilfe sowie der verantwortlichen und zuständigen Sozialorganisationen im privaten und öffentlichen Bereich. „Ist soziale Integration noch möglich?“ lautet die zentrale Frage des dreitägigen bundesweiten Kongresses. In den letzten Jahren, insbesondere durch die Reform der Sozialgesetzgebung und die Gesundheitsreform hat es tiefe Einschnitte in das System der sozialen Sicherung und Unterstützung vor allem in den Bereichen Arbeit, Existenzsicherung, Wohnen und Gesundheit gegeben, wobei wohnungslose Männer und Frauen und Menschen in Wohnungsnot weiter ins Abseits gedrängt worden sind. Die größte Not kann oft nur durch private Wohltätigkeit gelindert werden. „Wohnungslosenhilfe ist für sozial Ausgegrenzte das letzte Auffangnetz. Deswegen sehen wir uns angesichts der schwierigen Ausgangslage besonders herausgefordert, Wege und Maßnahmen gegen eine weitere Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung zu entwickeln“, erklärte Renate Walter-Hamann, Vorsitzende des Verbandes, zu Beginn der Tagung in Potsdam.

Die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. fordert:

- eine auf die Bedarfslage wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen abgestimmte Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden;
- Präventionsstellen bei den Kommunen, die sich um den Wohnungserhalt aller Wohnungsnotfälle, auch der Einpersonenhaushalte kümmern;
- gezielte Förderprogramme für langzeitarbeitslose Wohnungslose;
- die Befreiung von Zuzahlungen und Praxisgebühren für Bezieher und Bezieherinnen von SGB II- und SGB XII-Leistungen sowie eine reguläre Finanzierung der niedrigschwelligen medizinischen Projekte für Wohnungslose durch Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen und Kommunen.

Seit Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahr 2004 hat sich der Gesundheitszustand der wohnungslosen Männer und Frauen weiter

verschlechtert. „Die prekäre medizinische Versorgung Wohnungsloser kann offensichtlich nur dann etwas entschärft werden, wenn es vor Ort ein niedrigschwelliges medizinisches Versorgungsangebot für Wohnungslose gibt oder die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe für ihre Klientinnen und Klienten in Vorleistung gehen – sei es durch die Übernahme von Praxisgebühren oder die Gewährung von Darlehen zur Begleichung des Eigenanteils an den Gesundheitskosten, den auch Wohnungslose zahlen müssen. Dies kann und wird aber für die Einrichtungen keine Dauerlösung sein können, da ihnen dazu einfach die finanziellen Mittel fehlen. Um der Ausgrenzung Wohnungsloser aus der medizinischen Versorgung entgegenzuwirken, fordert die BAG W die Wiedereinführung der Befreiung von Zuzahlungen und Praxisgebühren für Bezieher und Bezieherinnen von SGB II- und XII-Leistungen sowie eine reguläre Finanzierung der niedrigschwelligen medizinischen Projekte für Wohnungslose durch Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen und Kommunen, denn die Projekte können nicht auf Dauer von Spenden und dem Engagement freier Träger existieren.“

Ombudsmann kritisiert EU-Kommission

EU-Press-release, 6.11., hav. Der Europäische Bürgerbeauftragte, P. Nikiiforos Diamandouros, hat die Europäische Kommission für ihr Versäumnis kritisiert, ihren Jahresbericht für 2005 über den Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Kommission, wie gesetzlich vorgeschrieben, im Jahre 2006 zu veröffentlichen. Dies folgte einer Beschwerde der Nichtregierungsorganisation Statewatch. Statewatch zufolge ist der Jahresbericht das einzige Mittel für Bürger, sich über die Anzahl der Fälle informieren, in denen die Kommission den Zugang zu Dokumenten verweigerte. Dasselbe gelte für die Begründungen, warum der Zugang verweigert wurde und die Anzahl sensibler Dokumente, die nicht registriert wurden. Die Kommission erklärte in ihrer Stellungnahme, sie sei sich ihrer Verpflichtung bewusst, Jahresberichte pünktlich zu veröffentlichen. Die Erstellung dieses Berichts habe sich jedoch wegen eines größeren Personalwechsels in der Dienststelle verzögert, die sich mit Fragen des Zugangs zu Dokumenten befasse. Dem Ombudsmann zufolge rechtfertigten die Argumente der Kommission nicht ihr Versäumnis, eine eindeutige rechtliche Verpflichtung zu erfüllen. Er kam zu dem Schluss, dass ihr Versäumnis, den Jahresbericht 2005 vor Ablauf des Jahres 2006 zu veröffentlichen, schlechte Verwaltungspraxis darstellte.

Zusammenstellung: alk

Die Türkische Republik verursacht gefährliche nationalistische Aufwallung

Die Rolle der Türkischen Republik als Militärmacht und Operationsbasis wird mit dem langwierigen Verlauf der Irak-Intervention immer wichtiger; völlig unentbehrlich wird die Türkei, falls die USA mit Verbündeten militärisch gegen Iran vorgehen wollen. Für die Türkische Republik, die sich nach dem Willen eines wachsenden Teils ihrer Bewohner von einem Militärstaat in eine Demokratie entwickeln soll, ändern sich die politischen Koordinaten. Es ist sonnenklar, dass eine Funktion der Türkischen Republik als Operations- und Nachschubbasis für den fortdauernden Irakkrieg und als Standort eines Drohpotentials gegen Iran nicht von der breiten Zustimmung der Einwohner des Landes getragen wird. Das muss gewaltsam durchgesetzt werden. Und so leben die Traditionen des von Atatürk institutionalisierten türkischen Nationalismus neu auf, und die militärischen Institutionen, deren Legitimation als führende Kraft der Gesellschaft der Türkischen Republik in den letzten Jahren geschwächt wurde, spüren wieder Rückenwind aus Nato-Staaten. Vor diesem Hintergrund konnte sich der „Nationale Sicherheitsrat“, über den das Militär nach wie vor die Geschicke der Türkischen Republik steuert, die Staatsbürger im Inland und weltweit zu Aktionen gegen die kurdische Bewegung aufstacheln. So erleben wir derzeit auch in den BRD den Versuch, Menschen, die sich dem Türkentum verbunden fühlen, gegen Menschen mit kurdischem Hintergrund in Bewegung zu setzen. Viele Tausende folgten in den letzten Wochen. Wir zitieren dazu aus einem Bericht aus dem „Kommunal-Info Mannheim“:

Gefährliche nationalistische Aufwallung durch die Türkei

Auch in Mannheim fand wie in vielen Städten in Deutschland am 3. November eine Demonstration „Gegen den Terror“ statt. Nach Polizeiangaben beteiligten sich über 5.000 Menschen an der Demonstration. Aufgerufen hatten dazu 18 türkische Verbände, Gruppen und Vereine. Es ist davon auszugehen, dass die Federführung die türkischen Konsulate aus der Türkei übernommen haben. Seit Tagen riefen türkischen Medien, wie Fernsehen und Presse, zu Demonstrationen und Kundgebungen auf. Die Demonstrationen richteten sich ausschließlich gegen „den Terror der PKK“. Auch auf den in Mannheim mitgeführten Plakaten wurden die altbekannten Hetzparolen „Kindermörder der PKK“ und „Drogenhändler PKK“

mitgeführt. In unverhohlener nationalistischer Stimmung wird der Einmarsch der Türkei in den Nord-Irak gefordert. Das Bild mit den in Uniformen gesteckten Kindersoldaten mag ein Eindruck dieser Stimmung während der Kundgebung auf dem Marktplatz in Mannheim vermitteln.



Bezeichnend war, dass mit Orhan Aksoy auf der Kundgebung ein hochrangiger Ex-Offizier der Armee sprach. Metin Oval von dem türkischen Akademiker-Verein forderte ein Verbot des auch in Deutschland über Kabel zu empfangenen kurdischen Fernsehsenders „Roj TV“ und der kurdischen Vereine in Deutschland.“

Der Bericht verweist sodann auf die Gegenkräfte, die diese gefährlichen Brandstifter in der Gesellschaft der BRD wachrufen. Und da stellt sich heraus, dass es in den zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen den in der BRD lebenden Türken und Kurden wichtige Neuigkeiten gibt. Trotz mancher Rückschläge und auch Fehler hat die kurdische Emanzipations- und Demokratiebewegung in all ihren breiten Erscheinungsformen weltweit Anerkennung gefunden. Das mag in der Staatenwelt damit zusammenhängen, dass die relative Ordnung in Irakisch-Kurdistan die US-Interventionstruppen im Irak entlastet. Im gesellschaftlichen Raum ist ein wichtigerer Quell der Akzeptanz die Verbindung der kurdischen Bewegung mit Demokratie, Emanzipation und Modernisierung. In einem Rückblick auf die über viele Jahre und oft auch bewaffnet geführten Auseinandersetzungen fällt auf, dass die kurdische Seite die gegebene Gefahr einer „antitürkischen“ chauvinistischen Mobilisierung nicht nur kritisiert,

sondern weitgehend vermieden hat. Die Emanzipation in Kurdistan hat sich mit der Perspektive des Zusammenlebens von Menschen mit verschiedenem kulturellen Hintergrund oder Bezugsrahmen verbunden. Auf einer solchen Grundlage können sich gegen den Versuch des türkischen Staates, Kurden-

verfolgungen sogar über seine Grenzen hinaus zu initiieren, auf breiter Front Bündnisse bilden. Wir zitieren dazu aus der Berichterstattung in den „Kölner Lokalberichte“.

So heißt es in einer Erklärung der Geschäftsleute der in Köln gelegenen Keupstraße, einer weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten Einkaufs- und Flaniermeile:

„Erklärung der Geschäftsleute der Keupstraße

Wir, die Geschäftsleute der Keupstraße mit hauptsächlich türkischem und kurdischem Migrantenhintergrund, sind über die Ereignisse in den letzten Tagen sehr betroffen ... Die Keupstraße ist multikulturell und sehr demokratisch. Hier leben die Menschen friedlich zusammen.

Die Ladenbesitzer sind eng miteinander verbunden. Unter den Geschäftsleuten, Einwohnern und Besuchern unserer Straße wird zwischen Türken, Kurden und Deutschen; Christen und Moslems; Aleviten und Sunniten; Frauen und Männern; Jungen und Alten; Reichen und Armen nicht unterschieden. Wir sind alle Mitbürger dieses Landes und beachten die Gesetze. Wir nehmen besondere Rücksicht auf unsere deutschen Nachbarn und sind bemüht um deren Ruhe.

Wir haben viel in diese Straße investiert. Aus allen Ecken Deutschlands haben wir Besucher. Der Name unserer

Straße ist international bekannt. Wir legen großen Wert auf unsere Straße. Wir verdienen unser Brot in der Keupstraße. Deshalb hüten wir sie.

Die Zwischenfälle wurden von Gruppierungen veranstaltet, die mit unserer Straße nichts zu tun haben. Wir fordern die Eltern aus der Türkei auf, ihre Kinder von solchen Aktivitäten fernzuhalten und ihnen in demokratischer, ethischer und kultureller Hinsicht eine gute Erziehung zu geben. Weiter fordern wir die Vereine, Organisationen, religiösen Gemeinden und alle einsichtigen Gruppierungen unserer Straße auf, mit den Ladenbesitzern an einem Strang zu ziehen und mit Vernunft zu handeln.

Wegen der letzten Ereignisse in der Türkei sind wir als Geschäftsleute der Keupstraße sehr besorgt. Wenn der Zusammenhalt der Menschen in unserer Heimat gestört wird, sind wir davon innerlich sehr betroffen. Deshalb rufen wir alle unsere Mitmenschen zum Frieden, Zusammenhalt und zur Vernunft auf.

Verein der Geschäftsleute der Keupstraße

Die Menschen, die aus der Türkei und anderen Ländern des mittleren Ostens gekommen sind, entwickeln hier eine Technik des Zusammenlebens, die kulturelle Differenzen zulässt und doch auch gemeinsame Bezugspunkte und Werte definiert. Dass dies aus dem Alltagsleben heraus geschieht, darf uns allen Mut machen. Es bietet auch der Politik in Parteien und Vereinen einen festen Anhaltspunkt. Wiederum aus den Lokalberichten Köln:

„Erklärung an die Öffentlichkeit

Auf Einladung des Vorsitzenden des Integrationsrates Tayfun Keltok und des Vorsitzenden der DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen trafen sich am 2. November 2007 Rafet Öztürk, Mitglied des Integrationsrates; Tahsin Tekin, Föderation der Dersim-Gemeinden in Europa e.V.; Ali Ertan Toprak, Generalsekretär, Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.; Dr. Kemal Bozay; Metin Sirin, Integrationsrat der Stadt Köln; Özgür Metin Demirel, Demokratischer Arbeiterverein Köln (DİDA); Özlem Demirel, Mitglied des Rates der Stadt Köln Die Linke; Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender Die Linke Köln.

Sie verabschiedeten die folgende Pressemitteilung:

„Mit tiefer Trauer hören wir die Nachrichten von neuen blutigen Auseinandersetzungen in der Türkei und im Nordirak. Wir sind uns bewusst, dass diese Nachrichten viele Menschen, die in unserer Stadt leben, in Angst, Sorge und manche auch in Wut und Zorn versetzen. Wir bitten alle, ihre Meinung friedlich und ohne Gewalt zu äußern. Trauer, Betroffenheit und Parteinahme

sind berechtigt, aber niemand hat das Recht hier in welcher Form auch immer Gewalt auszuüben.

Wir wollen friedlich und in gegenseitigem Respekt miteinander in Köln, in den Stadtvierteln, in den Betrieben und leben. Wir erwarten von den Medien, dass sie in ihrer Berichterstattung für ein friedliches Miteinander sorgen. Wir wollen Rechtsextremisten und Nationalisten keine Chance geben, diesen Frieden zu stören.“

Gegen den Versuch der reaktionärsten Kräfte der Türkei, auch im Ausland und insbesondere in der BRD einen türkisch-kurdischen Konflikt zu installieren, kann also etwas unternommen werden. Auf die Staatspolitik der Nato-Mächte darf man dabei allerdings nicht rechnen. Sie brauchen die Armee der Türkei und sie kennen dessen Bedingungen. In einem Aufruf „München gegen Krieg und Pogrome“ (Münchner Lokalberichte) weist eine Gruppe Münchner kurdischer und türkischer Herkunft auf die gegebenen Zusammenhänge hin:



„Nun ist die antikurdische, kriegs- und vernichtungswütige Stimmung in der Türkei auch nach Deutschland übergeschwappt ... Wir fordern daher die demokratischen Instanzen Deutschlands und Europa auf

- diese Jagd mit allen Mitteln zu unterbinden und die Schuldzuweisungen an die Kurden und Kurdinnen zu unterlassen;
- eine Wiedergutmachung an der historischen Mitverantwortung an der Verfolgung von Minderheiten in der Türkei zu leisten, indem sie sich endlich der Kurdenfrage und der Frage vergangener Völkermorde in der Türkei stellt;
- endlich aufzuhören, die ca. 800 000 Kurden und Kurdinnen, die in Deutschland leben, zu ignorieren und ihre integrations- und demokratiefördernden Potentiale anzuerkennen und
- eine internationale Konferenz zur politischen Lösung der Kurdistan-Frage einzuberufen, anstatt dem türkischen Regime in der Kurdenfrage größtmögliche Zugeständnisse zu machen.“

Wie in einer immer breiteren Öffentlichkeit durchdringt, war die Gründung der Türkischen Republik durch Kemal Atatürk mit einer brutalen ethnischen Säuberung verbunden. Insbesondere der große armenische Bevölkerungsteil wurde vernichtet. Diese schrecklichen Verbrechen wurden von der Armee und ihr unterstellten Hilfstruppen ganz gezielt zum Zweck der kulturellen Gleichschaltung begangen. Die Kurdenverfolgung der jüngsten Jahrzehnte steht in diesem Zusammenhang, der sich auch in der Verfassung der Türkei niederschlagen hat.

Diese Politik der kulturellen Gleichschaltung und der Ausmerzung von Minderheiten und des Völkermords wurde von den Verbündeten der Türkei akzeptiert. So war die Kurdenverfolgung eben kein Hindernis für die Nato-Partnerschaft der Türkischen Republik.

Ein Problembewusstsein entstand in den westlichen Ländern erst durch den kurdischen Emanzipationskampf, der in der Türkei, aber auch in der durch die großen Migrationsbewegungen weit ge-

wordenen Welt geführt wurde. Es entstand die Forderung, dass die Türkische Republik sich mit ihrer Gründungsgeschichte kritisch auseinandersetzen müsse. So stand in den USA eine Resolution des Repräsentantenhauses zur Verabschiedung an, in der das Verbrechen des Völkermords an der armenischen Bevölkerung der Türkischen Republik zugeschrieben und eine Auseinandersetzung eingefordert wurde. Diese Resolution wurde jetzt auf die lan-

ge Bank geschoben.

Warum? Weil die Türkei von ihren Nato-Verbündeten als Militärstaat in der Tradition Mustafa Kemal Atatürks gebraucht wird. Diese Armee könnte eine Aufklärung ihres türkentümelnden Gründungsmythos, der den verbrecherischen Charakter ihrer Waffentaten verbrämt, nicht überstehen. Es ist die Entfaltung des Kriegsgeschehens im mittleren Osten, die hier ihre Schatten vorauswirft. Diese Armee wird gebraucht und sie wird mit den Traditionen gebraucht, zu denen sie sich bekennt. Die Armee weiß das und stellt ihre Ansprüche, im Inland und auch gegenüber den Bündnispartnern.

Nun ist die deutsche Öffentlichkeit dran. Sie muss sich der Mitverantwortung bewusst werden, die bereits das deutsche Kaiserreich zur Zeit des Völkermords an den Armeniern und der Vernichtung weiterer Minderheit zu tragen hatte, sie muss sich der Mitverantwortung stellen, die die deutsche Politik an der fortdauernden Kurdenverfolgung trägt.

Martin Fochler

Für Irak-Kriegstraining gesucht ...

Am 9.11.2007 ist in Mannheim viel los: Bußgottesdienst wegen der Reichspogromnacht, anschließend Kundgebung zur Erinnerung an die Deportation von Kindern und erwachsenen Juden und Sinti/Roma in die nationalsozialistischen Vernichtungslager, abends eine Kulturveranstaltung zum Thema „Die Würde des Menschen ist ein Konjunktiv“.

Man kann sich aber auch im Hotel „Park Inn“ am Friedensplatz 1 um 10, um 12, um 14 oder um 16 Uhr für den Eintritt in den Irakkrieg auf amerikanischer Seite entscheiden, vorausgesetzt man ist männlich/weiblich, jung oder alt (diese Kriterien werden wahrscheinlich wegen des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes genannt). Wichtiger sind Sprach- und ein paar sonstige Kenntnisse und Eigenschaften:

- Gut deutsch und ein bisschen englisch sprechen: 90 EUR pro Tag;
- Englisch als Muttersprache und Übersetztalent: 90 EUR pro Tag;
- Gute Fahrer-Fähigkeiten und stressresistent: 90 EUR pro Tag;
- Iraker sein oder arabisch oder kurdisch sprechen: 100 EUR pro Tag;
- Fließend Englisch und Deutsch und gute Führungseigenschaften: 120 EUR pro Tag.
- Hin- und Rückfahrt frei, Unterkunft und Verpflegung ebenfalls.
- Wo und Wie das Ganze? Und Krieg?

Die abgebildete Anzeige aus dem Mannheimer Morgen mutet einen wie Satire an. Es ist aber die Realität des Irak-Krieges und seiner zahlreichen Vorfeld-Abläufe und Aktivitäten der US-Army zu Luft und Land der Bundesrepublik.

Die US-Streitkräfte suchen seit Jahren regelmäßig Menschen arabischer Herkunft, die als „Statisten“ auf dem zweitgrößten US-Stützpunkt in der BRD in Hohenfels/Oberpfalz im „Hohenfels Combat Maneuver Training Center“ drei Wochen Tag und Nacht für Trainingseinsätze frisch rekrutierter GIs agieren. Das Interesse an kurdischen Sprachkenntnissen ist gegenüber früheren Anzeigen neu hinzugekommen. Die Rekrutierung hat das US-Militär „outsourced“. Es hat die Firma „DSS Detektei Service und Sicherheit“ aus Rostock beauftragt. Aus der Rekrutierung wird ein „Casting“.

„Die Araber werden in zehn künstlichen Dörfern als Iraker verkleidet ihre Rollen als Dorfbewohner spielen. Die Soldaten müssen durch das Dorf patrouillieren und zum Beispiel

Durchsuchungen üben. Eine Massendemonstration soll nachgespielt werden, auch Angriffe auf die Soldaten. Es kann schon mal knallen“, sagt Kleine (von DSS; Verf.). Blendgranaten, Rauchbomben, so etwas. Razzia in der Nacht“, berichtet die SZ am 15.2.07. Zuvor schon hatte www.spiegel.de (9.2.07) über solche Rekrutierungsmaßnahmen und die Einsätze auf dem Truppenübungsplatz berichtet. Immer geht es um die „Civilians on the Battlefield“, die Zivilisten auf dem Schlachtfeld, auf die die Soldaten vorbereitet werden sollen.

„Durch ein groß angelegtes Rollenspiel sollen sie mit arabisch/ irakischen/ afghanischen Traditionen, Gepflogenheiten und Gewohnheiten vertraut gemacht werden“, beschreibt DSS die Aufgabe. „So sollen unbeabsichtigte Fehler im Umgang mit der Bevölkerung vermieden werden, die von den Terroristen benutzt werden, um die Bevölkerung gegen die Amerikaner anzustiften. Damit wollen die Terroristen die amerikanischen Bemühung torpedieren, die Sicherheitslage zu verbessern.“

Um ein realistisches Szenario zu entwerfen werden Statisten gesucht. Sie werden z.B. als Verkäufer, Cafébesitzer,

Handwerker oder Teilnehmer einer Demonstration etc. eingesetzt, um die nachgebauten, irakischen Dörfer mit Leben zu füllen. Die Rollen können während der Zeit, abhängig von einzelnen Szenarien, variieren.“ (www.firma-dss.de/icotb%20Irak.htm).

Man fragt sich, welche Spezialisten angeheuert werden, um die allgegenwärtigen „Terroristen“ zu spielen. Vermutlich rückkehrende US-Soldaten, die ja als Staatsterroristen genug Erfahrung haben. Betrachtet man die „Sicherheitslage“ im Irak, so erweisen sich diese Trainingseinheiten allerdings als vollständiger Flop.



Dennoch wird weitergemacht. Laut Spiegel werden jeweils 500 Statisten und Betreuer gesucht. Es sei nicht leicht, so viele zu finden; das Ressentiment gegen die USA sei doch ziemlich groß in der Zielgruppe.

Jetzt scheint wieder ein Trainingseinsatz für frisches unerfahrenes US-Blut anzustehen. Denn die „Castings“ finden laut der beauftragten Firma von 5. bis 19.11. in Bochum, Bonn, Frankfurt, Mannheim, Nürnberg, Leipzig, Berlin, Rostock, Amsterdam, Rotterdam und Regensburg statt.

Man unterstützt übrigens auch Trainings der US Army für Afghanistan und für Nato/Kfor im Kosovo: „Die Teilnehmer spielen kleine Statistenrollen wie z. Bsp. den Bürgermeister eines Dorfes im Kosovo der von Zeit zu Zeit mit Commandern der US Army verhandeln muss.“ Die Firma DSS spricht von sieben „Veranstaltungen“ pro Jahr, für die man sich melden kann.

Die Firma verweist ansonsten bei ihren Referenzen auf Dienstleistungen bei Karnevalsveranstaltungen, bei der Fußball WM 2006, als Hausdedektiv bei Rossmann und als Bühnenbauer für die Rolling Stones. Also ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen im riesigen Tross der Army...

Von Ramstein über Mannheim bis Hohenfels/Oberpfalz: Die BRD ist die „verlängerte Schlachtbank“ des Irakkrieges, an dem sich die Bundesregierung angeblich nicht beteiligt. Ehrlicher geht es im Kosovo und in Afghanistan zu. Da steht die Bundesregierung zu ihrem Kriegseingagement. – Wo übrigens werden wohl die für die Auslandseinsätze vorgesehenen Bundeswehrsoldaten jeweils „interkulturell“ geschult? Oder hat man inzwischen genügend Rekruten „mit Migrationshintergrund“?

tht (Kommunal-Info Mannheim, Recherche O.R., Friedensplenum Mannheim)

Wir suchen für amerikanische Kaserne in Deutschland...

Statisten m/w:

Voraussetzung ist deutsche Sprache und Grundkenntnisse in Englisch. Als Übersetzer sollten Sie Englisch als Muttersprache beherrschen. Wir suchen alt und jung! An- und Abfahrt sowie Unterkunft und Verpflegung frei! Verdienst ab 90,-/Tag

Supervisor:

Sie sind zweisprachig, fließend Englisch + Deutsch, haben Führungserfahrung und können mit Menschen umgehen – dann bewerben Sie sich bei uns. Unterkunft und Verpflegung frei! Verdienst ab 120,-/Tag

Fahren:

Sie haben eine gute Orientierung, sind flexibel, stressresistent, Führerschein der Klasse B und fahren gern und sicher Pkw – dann haben wir einen Job für Sie. Unterkunft und Verpflegung frei! Verdienst ab 90,-/Tag

Casting:

9. 11. 2007 um 10.00, 12.00, 14.00 und 16.00 Uhr
Hotel Park Inn, Am Friedensplatz 1, 68165 Mannheim
Vorinfos unter Firma DSS:
Tel.: (0381) 207 3958 Mo – Fr 10–16 Uhr

فرصة عمل

للذين يتكلمون اللغة العربية واللغة الكردية

إذا كنت تتكلم اللغة العربية أو اللغة الكردية يمكنك الحصول على عمل مقابل الثمن 100 يورو يومياً بالإضافة إلى اجور السفر والغذاء والمأكل مجاناً

Arabisch sprechende Statisten m/w gesucht!

Sie sind Iraker oder aus einem anderen arabisch/kurdisch sprechenden Land – dann bewerben Sie sich bei uns.

An- und Abfahrt sowie Unterkunft und Verpflegung frei! Verdienst ab 100 € / Tag!

موعد المقابلة في الوقت التالية

Casting:

9. 11. 2007 um 10.00 Uhr, 12.00 Uhr, 14.00 Uhr und 16.00 Uhr
Hotel Park Inn, Am Friedensplatz 1, 68165 Mannheim

Vorinfos unter Firma DSS:

Telefon: 0381/207 3958, Mo. – Fr., 10.00 – 16.00 Uhr

Mannheimer Morgen 3.11.2007, Seite 46

US-Immobilienkrise und der Fall des Dollarkurses

Die Krise auf dem US-Immobilienmarkt hat jetzt die Bilanzen der großen Banken erreicht. Dass sich im Hintergrund viele soziale Dramen abspielen, weil Haus- und Wohnungsbesitzer in den USA, insbesondere solche mit niedrigen Einkommen, ihre Hypothekenkredite nicht mehr bezahlen können und deshalb ihre Wohnung verlieren, in Überschuldung oder sogar in die Insolvenz fallen, ist dabei fast kein Thema für die Medien. Aber die Sorgen über die Wachstumsaussichten in den USA und damit auch für die weltweite Konjunktur wachsen.

Enorme Abschreibungen und Fortsetzung der Krise im Bankensektor

Fast täglich meldet sich in diesen Tagen eine der großen US-Banken zu Wort und räumt enormen Abschreibungsbedarf auf ihre Wertpapiere ein. Diese im Fachjargon zumeist „ABS“ genannten Papiere (ABS = „asset backed securities“, durch Immobilien bzw. Realvermögen gesicherte Wertpapiere) sind durch den Zusammenbruch der Spekulation auf dem US-Immobilienmarkt seit Sommer 2007 inzwischen beinahe wertlos geworden. Den Anfang der letzten Enthüllungswelle machte die Citibank, die Anfang November bekannt gab, sie müsse im vierten Quartal Abschreibungen zwischen 8 bis 11 Milliarden Dollar auf solche Papiere vornehmen. Kurz danach meldete die JP Morgan Bank, sie erwarte im vierten Quartal 2007 Wertberichtigungen durch Banken, Versicherungen und andere Vermögensverwalter in Höhe von insgesamt 60 bis 70 Milliarden US-Dollar. Bei der US-Bank Merrill Lynch erwarten diese Analysten einen Berichtigungsbedarf von 10,2 Milliarden US-Dollar, bei der Schweizer Großbank UBS von 7,2 Milliarden US-Dollar, bei der Deutschen Bank von 3,3 Milliarden US-Dollar, bei der US-Bank Goldman Sachs von 4,3 Milliarden US-Dollar und bei der britischen RBS (Royal Bank of Scotland) von 1,9 Milliarden US-Dollar. (Quelle: Financial Times, 8.11.07)

Ein Sprecher der Royal Bank of Scotland erwartet (laut „Handelsblatt“, 9./10./11.11.07) sogar einen Wertberichtigungsbedarf allein bei US-Banken von mindestens 100 Milliarden US-Dollar. Der gesamte sogenannte „Subprime-Markt“, das ist der Markt für solche Wertpapiere, die auf Basis von US-Hypothekenkrediten mit geringer Sicherheit unter Banken und Versicherungen noch vor kurzem gehandelt wurden, wird weltweit auf ein Volumen von 1.200 bis 1.500 Milliarden US-Dollar ge-

schätzt. Pessimisten im Bankgewerbe, so das „Handelsblatt“ an gleicher Stelle, befürchteten sogar Wertabschläge von 300 bis 500 Milliarden Dollar. Auch wenn solche Prognosen übertrieben sein mögen: das Vertrauen in das Bankgewerbe, vor allem das in den USA, ist schwer angeschlagen.

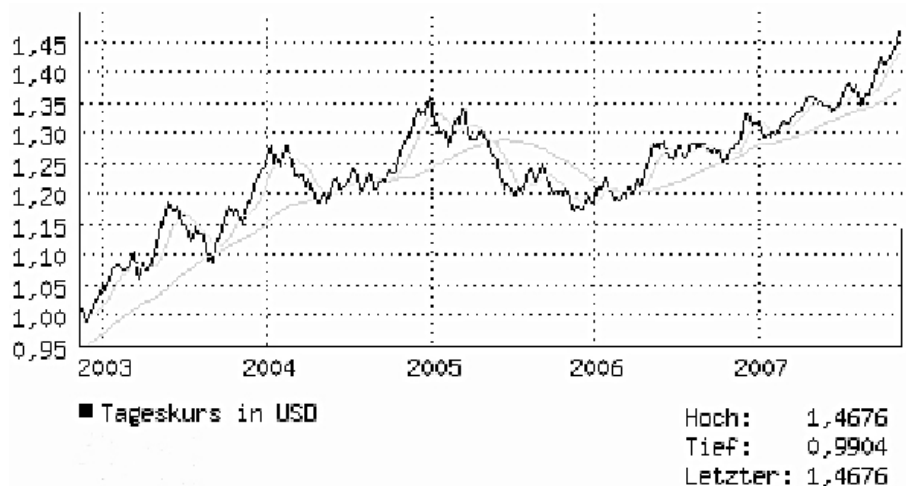
Financial Times fordert, den Banken „Zähne zu ziehen“

Alle Welt macht sich deshalb jetzt Sorgen um ein Übergreifen der Immobilien- und Bankenkrise auf andere Wirtschaftsbereiche in den USA und auf andere Länder – zumal alle Banken weltweit in so einer Lage jeden neuen Kreditantrag, woher auch immer er kommen mag, zunächst doppelt vorsichtig behandeln. Die Erbitterung über diese negativen Folgen einer überzogenen Im-

mobilienspekulation und Bankenkrise ausgehen, nehmen zu. Das Vertrauen in das Wachstum der US-Wirtschaft ist dahin, noch mehr das Vertrauen der Märkte in die Politik der US-Regierung. Ein Jahr vor den nächsten Kongress- und Präsidentschaftswahlen (im November 2008 wird in den USA gewählt) gilt die Regierung Bush nicht nur im Inland, auch international immer weniger.

Am 8.11. berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, der US-Kongress habe die Obergrenze für die US-Staatsschulden erneut heraufgesetzt, auf 9.815 Milliarden US-Dollar oder 9,8 Billionen Dollar. Zu Beginn der Amtszeit von Bush, Anfang 2001, betrug die US-Staatsschuld 5,6 Billionen Dollar. Innerhalb von knapp sieben Jahren hat diese US-Regierung damit die US-Staatsschulden um 4.200 Milliarden

Euro-Dollar: Kursentwicklung seit 2003



mobilienspekulation und das sinkende Vertrauen in Banken insgesamt ist auch in der Wirtschaftspresse unübersehbar. Auch wenn noch nicht klar ist, wohin die zunehmenden Forderungen nach mehr Kontrolle über das Finanzgewerbe am Ende zielen, zeichnet sich doch ab, dass die Auflagen und Bilanzrichtlinien insgesamt härter werden. Es werde Zeit, dem Finanzgewerbe ein paar Zähne zu ziehen, forderte sogar die Redaktion der „Financial Times“ in einem Kommentar am 8.11. Das Blatt ist sonst ein strikter Gegner jeder Einschränkung von freien Märkten.

Sinkende Wachstumsprognosen und fallender Dollarkurs

Auch wenn noch keine genauen Zahlen bekannt sind: Die Stimmen, die von einer Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums in den USA in Folge der Im-

mobilienspekulation und Bankenkrise ausgehen, nehmen zu. Das Vertrauen in das Wachstum der US-Wirtschaft ist dahin, noch mehr das Vertrauen der Märkte in die Politik der US-Regierung. Ein Jahr vor den nächsten Kongress- und Präsidentschaftswahlen (im November 2008 wird in den USA gewählt) gilt die Regierung Bush nicht nur im Inland, auch international immer weniger.

Kein Wunder, dass das Vertrauen der Märkte in die Zukunft der US-Wirtschaft und der US-Staatsschulden sinkt. Sinkendes Vertrauen in Dollar-

Anlagen bedeutet auch sinkende Nachfrage nach US-Dollars, um solche Wertpapiere zu kaufen. Folglich sinkt der Dollarkurs. Verschärft wird diese Tendenz durch die Politik der US-Notenbank, die ihre Zinsen für Zentralbankkredite gesenkt hat, um so eine Liquiditätskrise im Bankenbereich im Gefolge der Immobilienkrise zu vermeiden. Sinkende Zinsen für Zentralbank-Kredite drücken auch die Zinsen für Staats-schuld-papiere nach unten.

prompt weiter auf Talfahrt. Mit 1,48 Dollar pro Euro erlebte die europäische Währung in der ersten Novemberwoche einen bisher nie erreichten Höchststand. Auch das britische Pfund, der japanische Yen, der chinesische Yuan und der russische Rubel verzeichneten in der letzten Woche neue Höchststände gegenüber dem Dollar. Die Stellung des Dollar als Welt-Reservewährung wird schwächer, die des Euro steigt – zur Zeit jedenfalls.

Jahr	Warenexporte Mrd. US-\$	Warenimporte Mrd. US-\$	Saldo Mrd. US-\$
2003	723,6	1.305,1	- 581,5
2004	817,9	1.525,3	- 707,4
2005	904,3	1.732,3	- 828,0
2006	1.023,7	1.859,7	- 836,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wikipedia

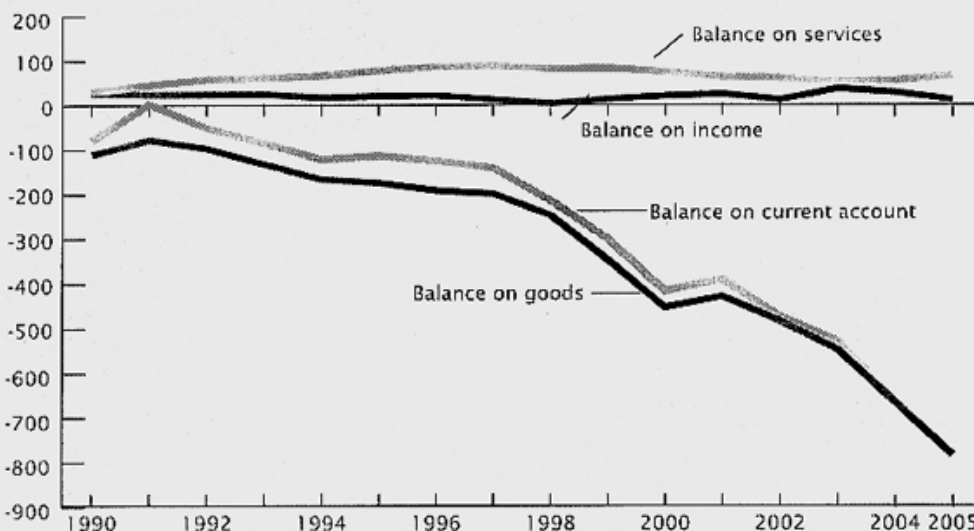
Diese negative Entwicklung scheint nun mindestens teilweise gestoppt. Denn die Abwertung des Dollars verringert zwar die realen Zinserträge von Dollar-Anlagen. Sie verbessert aber gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der US-Konzerne auf dem Weltmarkt. Das musste nicht nur der Airbus- bzw. EADS-Konzern in seinem Konkurrenzkampf mit Boeing leidvoll erfahren. Das gilt auch für andere Konzerne, beispielsweise im IT-Bereich, bei Handys, Elektronik-Artikeln und in anderen Bereichen. Boeing, Apple, IBM, Intel & Co. melden nicht nur, aber auch wegen des fallenden Dollarkurses glänzende Geschäfte auf den Weltmärkten. Infolgedessen sinkt erstmals seit langem das US-Leistungsbilanzdefizit. In einem Beitrag für die „Financial Times Deutschland“ vom 8.11.07 sprachen der frühere US-Finanz- und Außenminister George Shultz und der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im US-

Finanzministerium, John Taylor, deshalb sogar von einem „überraschenden Hoffnungsschimmer“ trotz aller Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Kaum jemand spreche noch vom US-Leistungsbilanzdefizit, dem „Schreckgespenst der Weltwirtschaft der vergangenen Jahre“. „Während der drei aktuellsten Quartale, für die uns Zahlen vorliegen, ging das Defizit um 119 Mrd. \$ zurück. Es fiel von rund sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf fünf Prozent – und es scheint in diese Richtung weiterzugehen.“ Shultz und Taylor weiter: „Das entschärft ein zentrales Problem der Weltwirtschaft und wird den Sturz des Dollars stoppen.“

Was davon zutreffende Prognose und was Pfeifen im Wald ist, wird sich zeigen. Denn selbst wenn diese Entwicklung anhält und die Prognose zutrifft, betrüge das US-Leistungsbilanzdefizit Ende 2007 immer noch fast 700 Milliarden US-Dollar. Von da bis zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz, geschweige denn zu einem Abbau der US-Staats-schulden, ist noch ein weiter Weg. *riil*

Quellen: Financial Times, 8.11.07; Handelsblatt, 9./10./11.07; Berliner Zeitung, 10./11.11.07; Statistisches Bundesamt, Länderprofil USA; US-Bureau of Census, Statistical Abstracts 2007; Financial Times Deutschland, 8.11.07

Figure 28.1
U.S. International Transaction Balances: 1990 to 2005
Billions of dollars



Source: Chart prepared by U.S. Census Bureau. For data, see Table 1268.

Folglich rentieren sich US-Staats-schuld-papiere gleich doppelt weniger: einmal, weil die Zinsen für solche Staatsschulden derzeit nach unten gehen, zum zweiten, weil der Kurs des Dollars gegenüber anderen Währungen sinkt. Wer vor Jahren US-Staats-schuld-papiere erwarb, weil diese höher verzinst waren (und noch immer sind) als die meisten europäischen oder als japanische Staatsschuld-papiere, der ärgert sich jetzt grün und blau, wenn er die aus den USA überwiesenen Zinsen in Euro tauscht und erlebt, wie die erhoffte Rendite dahin schmilzt wie ein Gletscher im Hochsommer.

Viele Banken, Versicherungen und auch Zentralbanken haben deshalb begonnen, ihre Bestände an US-Staats-schuld-papieren zu verringern. Die chinesische Zentralbank beispielsweise, einer der größten Besitzer von US-Staats-schuld-papieren weltweit, gab kürzlich bekannt, sie habe seit Sommer 2007 etwa 5% ihrer Bestände an US-Staats-schuld-papieren abgestoßen. Ähnliches dürfte für andere asiatische Zentralbanken gelten, die ebenfalls große Dollaranlagen halten. Auch ihre Devisenreserven will die chinesische Zentralbank künftig stärker in „harten“ Währungen wie dem Euro anlegen. Beide Meldungen schickten den Dollarkurs

US-Leistungsbilanzdefizit – Lichtblick oder Pfeifen im Wald?

Nur bei einem Thema zeichnet sich eine – allerdings geringfügige – Entspannung ab. Die Befürchtungen um das US-Leistungsbilanzdefizit werden leiser. Die hier abgedruckte Grafik über die Entwicklung der US-Leistungsbilanz (sie stammt aus dem US-Statistischen Jahrbuch von 2007) dokumentiert diese dramatische Entwicklung.

Seit Anfang der 90er Jahre ist die US-Handelsbilanz („balance on goods“), d.h. die Differenz zwischen Warenexporten und Warenimporten, immer stärker ins Minus abgerutscht. Die Im- und Exporte von Dienstleistungen („balance on services“) und Vermögenseinkommen („balance on income“) konnten dieses enorme Defizit im Warenhandel nie ausgleichen, die Leistungsbilanz, d.h. die Bilanz aller Waren- und Dienstleistungsgeschäfte der USA mit dem Rest der Welt – rutschte immer weiter ins Minus. Faktisch hieß das: US-Wirtschaftssubjekte kaufen seit beinahe 20 Jahren in aller Welt sehr viel mehr Waren für ihren Konsum und für Investitionen, als sie umgekehrt ins Ausland exportieren. Die Differenz zahlten sie mit Dollars, die jetzt weltweit umlaufen und deren Kurs im Augenblick rapide sinkt.



Griechenland: Hunderte Schulen besetzt

Griechenland geht in einen heißen Herbst und Winter im Bildungswesen. Nach den Universitätsbesetzungen im August und September streikten landesweit die Lehrer sechs Wochen. Die Lehrgewerkschaft beschloss nun, alle 14 Tage wird der Unterricht durch die Lehrer boykottiert. Diesen Protesten schlossen sich Ende Oktober erst in Athen und Thessaloniki, dann im ganzen Land die Schüler an. An die 1.000 Schulen sind besetzt worden, davon 400 mittlerweile dauerhaft. Ende Oktober demonstrierten etwa 20.000 Lehrer und Schüler in Athen und 5.000 in Thessaloniki (Bild). Jeden Mittwoch finden in ganz Griechenland Protestaktionen von Studenten, Lehrern und Schülern statt. Die zentralen Forderungen der Studenten, Lehrer und Schüler sind:

- Erhöhung der Bildungsausgaben auf den EU-Durchschnitt von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die neue konservative Regierung hat dafür nur drei Prozent vorgesehen.
- Verteidigung des „Rechts auf Bildung“ im Artikel 16 der Verfassung. Die Regierung will den Verfassungsartikel streichen und stattdessen ein Privatisierungsprogramm von Hochschulen und Schulen durchführen.
- Die Lehrer wollen eine Erhöhung ihres monatlichen Gehalts von 950 Euro.
- Schüler und Lehrer fordern die Reduzierung der Klassenstärke, Beschränkung der Macht der Direktoren durch Einführung von Schulkonferenzen, Besetzen aller Lehrerstellen, ausreichendes Lernmaterial an den Schulen. *rub*

Neonazi-Demonstration in Prag

An die 400 tschechische und deutsche Neonazis rotteten sich am Samstag, 10. November, in der Nähe der Prager Innenstadt zusammen, um zum 69. Jahrestag der Reichspogromnacht durch das jüdische Viertel der tschechischen Hauptstadt zu marschieren (siehe auch Pol. Berichte 21/2007). Die hauptsächlich aus dem Umfeld des tschechischen

„Nationalen Widerstands“, einer Nachfolgeorganisation des Neonazinetzwerks „Blood and Honour“ mobilisierenden Neonazisten wollten trotz eines kurzfristig erlassenen Demonstrationsverbots gegen die „Beteiligung Tschechiens am Irak-Krieg“ protestieren. Mindestens drei Busse mit deutschen Neonazis überquerten am frühen Samstag die Grenze, um gemeinsam mit den tschechischen „Kameraden“ ihre antisemitischen Hetzparolen zu verbreiten. Diese braunen „Touristenbomber“ wurden von tschechischen Polizeikräften abgefangen. Diejenigen Neonazis, die im Umkreis des alten jüdischen Viertels in Prag festgenommen wurden, fielen durch eine besonders hohe Gewaltbereitschaft auf. Für die in die Hauptstadt Tschechiens gekommenen antisemitischen Hetzer gab es kein Durchkommen – ihnen stellten sich auf der angestrebten Demoroute Prager Bürger und Antifaschisten aus Tschechien sowie Deutschland entgegen. Eine breite, antifaschistische Koalition mobilisierte an die 2000 Teilnehmer zu etlichen Kundgebungen und Demonstrationen in die Altstadt und den ehemaligen jüdischen Stadtteil Prags. Ein Großaufgebot von 1500 Beamten der tschechischen Polizei war im Einsatz. Die Gegendemonstranten hefteten sich aus Solidarität den „Gelben Stern“ an, den die Juden während der Terrorherrschaft Nazideutschlands im gesamten unterjochten Europa zu tragen gezwungen waren. Hunderte versammelten sich an dem Museum, das zur Erinnerung an die 77000 Tschechoslowaken jüdischen Glaubens erbaut wurde, die dem faschistischen Mordprogramm während der deutschen Besatzung zwischen 1938 und 1945 zum Opfer fielen. Die „Jüdische Liberale Union“ veranstaltete im Beisein tschechischer Politiker eine Gedenkfeier für die Opfer der antisemitischen Pogrome von 1938. (nach Junge Welt, 12.11.)

Im EU-Parlament wächst Widerstand gegen Sammeln von Fluggastdaten

AFP, 7.11., *hav.* Im Europaparlament wächst der Widerstand gegen Pläne der EU-Kommission, zum Kampf gegen den Terrorismus ein europaweites System zur Sammlung und Auswertung von personenbezogenen Fluggastdaten zu schaffen. Vertreter der Grünen der Liberalen, Sozialdemokraten und der Vereinigten Linken kritisieren den Vorstoß von EU-Justizkommissar Franco Frattini. Auf Kritik stößt im Europaparlament vor allem, dass personenbezogene

Fluggastdaten – etwa Reise-routen und Kreditkartennummern – für Rasterfahndungen gegen mutmaßliche Terroristen verwendet werden sollen. Sollten die Daten eines Passagiers auf ein Raster passen, müsse dieser zusätzliche Sicherheitskontrollen über sich ergehen lassen. Die Organisation Statewatch kritisiert, dass für den Datenaustausch zwischen den Mitgliedsländern eine neue Datenschutz-Rahmenvereinbarung gelten soll, die bislang noch gar nicht verabschiedet ist. Offen sei zudem, nach welchen Regeln die Daten in den jeweiligen Mitgliedsländern gesammelt werden und wer den Zugriff kontrolliert. Die europäische Datenschutzrichtlinie werde in dem Text mit keinem Wort erwähnt. Die Fraktion der Vereinigten Linken forderte, das Thema auf die Tagesordnung der Plenarsitzung zu setzen. Kommissar Frattini solle seine Pläne dann näher erläutern. Das Parlament hat in der Frage kein Mitbestimmungsrecht.

Europäischer Gerichtshof kratzt am EU-Umweltstrafrecht

Umweltjournal, 7.11., *hav.* Mit einer Entscheidung zum Ölverschmutzungsrecht hat der Europäische Gerichtshof Pläne der EU-Kommission durchkreuzt, im großen Stil gegen Umweltverbrechen vorzugehen. Die Richter stellten fest, dass die EU zwar Strafsanktionen zu bestimmten Politikfeldern mitregeln darf, die konkrete Ausgestaltung aber den Mitgliedstaaten überlassen bleibt. Der Richtlinienvorschlag „über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt“ von Februar 2007 ist damit gefährdet. Umstritten an der Regelung war, dass Strafnormen in die Zuständigkeit „Inneres und Justiz“ fallen. Diese so genannte „Dritte Säule“ der Union ist dem Europäischen Rat und damit letztlich den Mitgliedstaaten vorbehalten. Die Europäische Kommission hat hier anders als im Umweltbereich eigentlich kein Mitspracherecht. Aus diesem Grund hatte sich die EU-Kommission auf eine so genannte „Annexkompetenz“ berufen, die sie aus einer jüngeren Entscheidung des Gerichtshofs heraus zu lesen meinte: Die Kommission sei befugt, auch in das Strafrecht der Mitgliedstaaten einzugreifen, wenn dies nötig sei, um die Wirksamkeit der von ihr erlassenen Umweltvorschriften zu gewährleisten. Noch ist unklar, wie die Kommission auf das jüngste Urteil reagieren wird. Am wahrscheinlichsten ist, dass sie abwartet, bis der Vertrag von Lissabon 2009 in Kraft tritt. Nach dessen Artikel 69f soll die Gemeinschaft künftig befugt sein, besonders schwere Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension zu sanktionieren.

BERLIN. Protestaktion in 40 Städten „Freiheit statt Angst“. Am Freitag, den 9. November 2007 stimmt der Bundestag über eine massive Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung ab. Ab 2008 könnten dann die Sicherheitsbehörden jederzeit nachvollziehen, wer mit wem per Telefon, Handy oder E-Mail Kontakt hatte, wo der Nutzer des Handys sich befand und wer auf welche Weise das Internet genutzt hat. Die erhobenen Daten sollen im Rahmen des „Über-einkommens des Europarats über Computerkriminalität“ weltweit derzeit 52 Staaten zugänglich gemacht werden, wodurch der geplante Speicherungszeitraum von sechs Monaten und die wenigen verbliebenen Datenschutzbestimmungen zur Farce werden. Aus Protest gegen diesen Frontalangriff auf bürgerliche Grundrechte gingen am 6. November in über 40 Städten Tausende auf die Straße. In Berlin gab es eine Kundgebung gegenüber vom Reichstag.

www.umbruch-bildarchiv.de



Große Demonstration „Transrapid in die Tonne“

MÜNCHEN. Etwa 13.000 Transrapid-Gegner haben am 3.11.2007 in München gegen die geplante Magnetschwebebahn vom Hauptbahnhof zum Flughafen protestiert. Die Demonstranten prangern vor allem die hohen Kosten des Projekts an. Die Teilnehmerzahl der Kundgebung übertraf sogar die Erwartungen der Veranstalter, die auf bis zu 10.000 Menschen gehofft hatten. Mit Trillerpfeifen, Trommeln und Transparenten und Aufschriften wie „Bus und Bahn für alle, statt Transrapid für wenige“ und „Transbankrott“ zogen die Demonstranten vom Stachus in Richtung Marienplatz. Die Veranstaltung unter dem Motto „Transrapid in die Tonne“ wurde von Parteien, Naturschutzverbänden und Gewerkschaften unterstützt. – Wirtschaftsministerin Emilia Müller (CSU) verwies darauf, dass nahezu alle „zukunftsweisenden“ Entscheidungen bisher mit anfänglichen Widerständen verbunden gewesen seien, die oft auf auf falschen oder fehlenden Informationen beruhten. Das Projekt sei verkehrs-, industrie- und umweltpolitisch „die beste Lösung für die Menschen, die Wirtschaft und unseren Standort“.

www.contratransrapid.de

Friedensaktivisten warnen vor möglichem Krieg gegen den Iran

OSNABRÜCK. Friedensforscher um Professor Mohssen Massarrat von der Universität Osnabrück appellieren an die Bundesregierung, nicht länger zum drohenden Krieg der USA gegen den Iran

zu schweigen. „Wir sind sehr besorgt, dass die täglichen Kriegsdrohungen aus dem unmittelbaren Umfeld des US-Präsidenten in einen Krieg münden könnten“, heißt es in einer Resolution, die auf einem Symposium in Osnabrück am 2. November verabschiedet wurde. In dem unter anderem auch von Uri Avnery, Andreas Buro, Hans-Peter Dürr, Peter Grottian, Peter Hennicke, Heiko Kaufmann, Katja Kipping, Otto Meyer, Werner Ruf und Andreas Zumach getragenen Appell heißt es weiter, die US-Regierung habe die Revolutionsgarden des Iran als eine Terrororganisation eingestuft. „Ihre Behauptungen zur Legitimierung dieses einmaligen Vorgangs erinnern an die offensichtlichen Lügen über irakische Massenvernichtungswaffen. Die US-Regierung verhängte – am UN-Sicherheitsrat vorbei – eigene Sanktionen, die den Konflikt weiter zuspitzen.“ IAEA-Chef El Baradei habe die Bush-Regierung in seltener Deutlichkeit davor gewarnt, „Öl ins Feuer zu gießen“. Man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, „dass die US-Regierung den Atomkonflikt mit Iran als Vorwand benutzt und nach Afghanistan und Irak nun auch die Regierung im Iran gewaltsam stürzen will.“ Die Wahrscheinlichkeit dieses Krieges sei umso größer, je länger Europa und auch die deutsche Bundesregierung dazu schwiegen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier sollten unverzüglich Stellung nehmen und öffentlich erklären, dass Deutschland einen neuen Krieg der USA mit aller Entschiedenheit ablehne, fordern Massarrat und Kollegen.

9.11.2007 www.ngo-online.de

Erfolg der Kampagne „Kein Lidl bei Basic“

MÜNCHEN. Die Münchner Biomarkt-Kette Basic hat drei Tage nach der Trennung von Finanzvorstand Johann Priemeier nun auch den Rückzug der Schwarz-Gruppe (Lidl) aus dem Aktionärskreis angekündigt. Die Schwarz-Gruppe hatte sich im Lauf dieses Jahres 23 % der Basic-Anteile gesichert. Laut einer Pressemeldung der Basic AG vom heutigen Freitag sei „die psychologische Wirkung des Einstiegs in das Kapital der Gesellschaft unterschätzt“ worden. Man habe sich daher einvernehmlich getrennt. Mit dem Investment des Discounter-Konzerns sollte ein flächendeckendes Wachstum der Bio-Kette mit bis zu 50 neuen Filialen pro Jahr finanziert werden. Sowohl der Lidl-Einstieg als auch der geplante Verdrängungswettbewerb waren in der Bio-Branche massiv kritisiert worden und hatten zu Kundenboykotten und einer Protestkampagne geführt, die von Attac München und anderen Organisationen koordiniert wird. Laut Basic sollen nun „ein moderates Wachstum und Kooperation in der Branche“ wieder Leitbilder des Unternehmens sein. Basic sei „stolz“ auf seine kritischen Kunden. Für die konsumkritischen Münchner Gruppen scheint so ein voller Erfolg ihrer Kampagne „Kein Lidl bei Basic“ möglich zu sein, auch wenn für den Ausstieg der Schwarz-Gruppe noch keine genauen Modalitäten genannt wurden. Luise Rauschmayer vom Münchner Sozialforum sprach von „guten Nachrichten, wenngleich konkrete Informationen wie etwa ein Zeitplan noch fehlen“.

www.basic-lidl.info

„Ladenschluss“-Aktionsbündnis gegen Nazis

LEIPZIG. Das „Ladenschluss“-Aktionsbündnis hat sich am 9. November mit einem Offenen Brief an Oberbürgermeister Burkhard Jung gewandt und eine klare Positionierung sowie die Unterstützung antifaschistischer Projekte gefordert: „Wir möchten Sie davon in Kenntnis setzen, dass sich im Oktober 2007 ein breites Bündnis gegen rechte Strukturen in Leipzig gegründet hat. Unsere Intentionen sind, die Leipziger Bevölkerung über rechte Strukturen in der Stadt aufzuklären, sie zu ermuntern gemeinsam mit uns Zivilcourage zu zeigen und die Verbreitung rechten Gedankengutes zurück zu drängen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, existiert im Stadtzentrum, auf der Richard-Wagner-Straße ein Laden, der Kleidung der Marke Thor-Steinar verkauft, welche eindeutig dem rechten Milieu zuzuordnen ist. Für eine Stadt wie Leipzig, die sich als weltoffen versteht, empfinden wir das als Provokation. Darüber hinaus stellen der Laden und seine poten-

tielle Kundschaft eine reale Bedrohung für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste Leipzigs dar. Wir finden es beschämend, dass es von der Stadt Leipzig bisher noch keine offene Stellungnahme zu diesem Problem gegeben hat. Wir fordern Sie daher auf, sich öffentlich zu positionieren und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die der baldigen Schließung des Ladens dienlich sind. Außerdem unterbreiten wir Ihnen den Vorschlag, sämtliche Einnahmen, die der Stadt Leipzig durch den Laden Tönsberg zufließen (Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.), für die Unterstützung antifaschistischer Projekte zu verwenden.“
www.ladenschluss.blogspot.de

Ver.di und DGB protestierten gegen Altersarmut

MÜNCHEN. Zum Protesttag gegen Altersarmut am 30.10.2007 kamen trotz regnerischen Wetters rund 300 Rentnerinnen und Rentner. Aufgerufen hatten ver.di und der DGB. Am „Weltspartag“ haben die Gewerkschaften darauf hingewiesen, dass ein zunehmender Teil alter Menschen gar nicht mehr sparen kann, weil die Renten viel zu niedrig sind. Die Brutto-Durchschnittsrente beträgt in München gerade mal 710 Euro. In den Jahren 2004 bis 2006 gab es für die Rentner/innen keine Erhöhungen. Die Rentenanpassung 2007 betrug gerade mal lächerliche 0,54 %. Zum 1.7.2008 wird die Erhöhung voraussichtlich auch nur einen halben Prozentpunkt ausmachen. Heinrich Birner, ver.di-Geschäftsführer in München warnt die jüngeren Generationen vor einer Armutsfalle. Niedriglöhne, 400-Euro-Jobs, Teilzeit-Jobs und die Ausweitung der Leiharbeit werden dazu führen, dass viele der heute Berufstätigen im Alter mit ihrer Rente nicht leben können. Sie werden auf Sozialhilfe angewiesen sein. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern fordert ver.di fordert für den Ballungsraum München einen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde, bzw. 1.500 Euro im Monat.

<https://muenchen.verdi.de>



Nationale Armutskonferenz fordert Erhöhung der Regelsätze für Kinder

FRANKFURT A.M. Die alarmierende Situation von Kindern, die in Deutschland in Armut leben müssen, hat der Sprecher der bundesweit tätigen Nationalen Armutskonferenz (NAK), Pfarrer Dr. Wolfgang Gern, bei dem diesjährigen Treffen der NAK kritisiert. Die Zahl der Kinder in Familien mit einem Einkommen etwa in Höhe des Existenzminimums habe sich mehr als verdoppelt. „Aktuell sind dies etwa 2,2 Millionen Kinder. Und wir müssen sogar leider von einer Dunkelziffer von bis zu 3 Millionen Kindern ausgehen. Diese Zahlen sind skandalös“, so der Sprecher. Gern forderte „eine realitätsnahe Berechnung des Existenzminimums von Kindern, die die Aspekte Bildung und Betreuung sowie den Bedarf für Wachstum und Entwicklung umfasst“. Teile des Existenzminimums könnten auch durch Sachleistungen, etwa durch komplette Lernmittelfreiheit oder kostenloses Mittagessen in der Ganztagsbetreuung, zur Verfügung gestellt werden. Dies dürfe dann nicht nur in Modellprojekten oder einzelnen Kommunen geschehen, sondern müsse als individueller Rechtsanspruch für jedes Kind gelten. Da sich diese Verhandlungen noch hinziehen würden, forderte Gern als aktuelle Notmaßnahme eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder. Gern sagte weiter: „Die Länder müssen eine annähernd gleichmäßige Ausgestaltung der Sachleistungen für Kinder im Bildungs- und Betreuungsbereich vereinbaren und selbst Verantwortung übernehmen.“

www.nationale-armutskonferenz.de

Streit um Praktikum

BERLIN. Ende Oktober wurde im Bundestag das Thema Praktikum debattiert. Die Fronten: Bündnis90/Die Grünen und Die Linke wollen gesetzliche Standards, um Missbrauch von Praktikanten zu vermeiden. CDU/CSU und FDP halten das für nicht notwendig und wollen eine „Überregulierung“ vermeiden. Die SPD wartet noch auf das Ergebnis einer Studie, die klären soll, ob es überhaupt Missbrauch gibt. Die Debatte endete damit, dass jetzt im Ausschuss weiter beraten werden soll, und zwar über einen Antrag der FDP, der die Bundesregierung auffordert, nichts zu unternehmen, und einen Gesetzentwurf der Linken, der vorsieht, dass für Praktika während des Studiums oder der Ausbildung das Berufsbildungsgesetz gilt.

Auf der Website der Bundestagsabgeordneten Nele Hirsch finden sich alle Anträge, die eingereicht und über die abgestimmt wurde.

www.nele-hirsch.de, www.dgb-jugend.de

Demonstration für eine gerechte Bildungspolitik am 17. 11. 2007!

Am 16. und 17. November versammelt sich die CDU an der Freiburger Neuen Messe zu ihrem Landesparteitag. Wir halten es für erforderlich, dass die CDU ihren bildungspolitischen Kurs neu definiert. Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Sie muss daher für jedeN frei zugänglich sein. Wir fordern: – mehr LehrerInnen an die Schulen – ein längeres gemeinsames Lernen – allgemeine Gebührenfreiheit im Bildungswesen – Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

Mehr LehrerInnen an die Schulen. Nur ein Jahr nach der Wahl wurde das Versprechen der Landesregierung, keine Lehrerstellen zu streichen, gebrochen. Etwa 500 Stellen wurden gesperrt, weitere 349 fielen dadurch weg, dass Referendare jetzt eine Wochenstunde mehr unterrichten müssen. Insgesamt sind viele tausend junge, gut ausgebildete LehrerInnen ohne Job, trotz häufigen Unterrichtsausfalls und überfüllter Klassenräume.

Für längeres gemeinsames Lernen. Das mehrgliedrige Schulsystem weist eklatante Schwächen auf. Die frühe Trennung von SchülerInnen nach der Grundschule verstärkt die soziale Selektion. Studien zeigen, dass SchülerInnen von einer längeren gemeinsamen Lernzeit profitieren. Deshalb fordern wir die Einführung der Integrierten Gesamtschule.

Studiengebühren abschaffen. Die Befürchtungen, dass Schulabgänger aus finanzschwachen Familien vom Studium abgeschreckt werden, bewahrheitet sich ... Immer höhere Gebühren werden den immer weiter fortschreitenden Rückzug des Landes Baden-Württemberg aus seiner Bildungsverantwortung ausgleichen müssen und gleichzeitig die ohnehin schon bestehende soziale Schere weiter öffnen. Wir fordern daher, dass die Landesregierung wieder ihrer Verantwortung für die Hochschulen gerecht wird und die Studiengebühren wieder abschafft.

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften. Seit nunmehr 30 Jahren darf sich der Allgemeine Studierendenausschuss nur zu musischen, kulturellen, sportlichen und eingeschränkt sozialen Angelegenheiten äußern. Zu Themen wie Studiengebühren darf er daher keine Stellung beziehen. Eine funktionierende Demokratie braucht eigenständig denkende BürgerInnen und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Wir fordern daher die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat sowie Finanz- und Satzungsautonomie.

Für Solidarität und FREIE BILDUNG!

Beginn: zwischen 12:00 und 13:00 Uhr in der Eisenbahnstraße. Ende: zwischen 13:30 und 14:30 in der KaJo. Anschließend Fahrraddemo zum Parteitag!

Beteiligungshaushalt ohne Beteiligung?

Der Freiburger Gemeinderat hat auf seiner Sitzung am 23.10.2007 die Vorlage der Stadtverwaltung zur Umsetzung eines Beteiligungshaushaltes mit großer Mehrheit beschlossen. Lediglich die sechs Vertreter der Unabhängigen Listen (UL) enthielten sich der Stimme. Die UL ist ein Bündnis aus den drei Gruppen: „Linke Liste – Solidarische Stadt“, „Unabhängige Frauen“ und „Kulturliste“.

Das Konzept der Stadtverwaltung gliedert sich in folgende Phasen: Im Rahmen einer turnusmäßigen Bürgerumfrage im November werden 5000 Haushalte zum Beteiligungshaushalt befragt. Von März bis Mai 2008 reist ein „Bürgerbus“ umher, der auf öffentlichen Plätzen über das Konzept Beteiligungshaushalt informiert. Gleichzeitig wird im Internet ein digitaler Haushaltsrechner freigeschaltet, mit dem der Bürger dann seinen virtuellen Haushalt zurechtbasteln kann. Diesen Haushaltsrechner gibt es bereits in Hamburg. Während dieser Zeit, können sich die Bürgerinnen und Bürger für die Teilnahme an einer Stadtkonferenz bewerben, die am 21. und 22.6.08 stattfinden soll. Diese Stadtkonferenz ist Dreh- und Angelpunkt des ganzen Verfahrens. Bei der Anmeldung zur Konferenz sollen die Interessenten angeben, für welche Themenbereiche sie sich interessieren. Dabei soll ein Moderationsbüro darauf achten, dass bei den Teilnehmenden Geschlecht, Stadtteilherkunft und sozialer Status ausreichend berücksichtigt werden. Eine projektbezogene Begleitgruppe, die aus Vertretern des Gemeinderats plus kundigen Bürger besteht (von den Gemeinderäten ausgewählt) soll die Moderationsgruppe unterstützen. Die Verwaltung geht von einer Teilnehmerzahl von um die 400 aus. Über diese Zahl hinaus sollen keine Anmeldungen mehr angenommen werden. In Arbeitsgruppen soll dann in anderthalb Tagen über den Beteiligungshaushalt beraten werden. Dabei sind die Themen (von der Stadt als Produktbereiche bezeichnet) von der Verwaltung vorgegeben. Die Landesstiftung Baden-Württemberg ist mit 100.000 Euro dabei, weil das Ganze als Modellprojekt für „Gender Budgeting“ läuft, also die Auswirkungen der Haushaltsentscheidungen auf die Geschlechter untersucht werden sollen. Die Ergebnisse der Stadtkonferenz, der Bürgerumfrage und des Haushaltsrechners sollen dann im September 2008 in die Haushaltsberatungen der Gemeinderats einfließen, der letztlich den Haushalt beschließt.

Bürokratisches Beteiligungsverfahren

Der erste Eindruck, liest man dieses Konzept, ist wohl der, daß es sich um ein

ziemlich aufwendiges und bürokratisches Verfahren handelt. Man kann sich schlecht vorstellen, daß sich auf diesen verschlungenen Pfaden Bürgerwille Geltung verschaffen könnte in Haushaltsfragen.

Interessant ist die Entstehungsgeschichte dieses vor allem von den Freiburger Grünen getragenen Projektes. Jahrelang hatten Gemeinderäte der Linken Liste Vorstöße in Richtung Bürgerhaushalt unternommen – für den grünen OB war das kein Thema. Am 12.11.2006 abends stand fest, daß der OB mitsamt Grünen, CDU und Freien Wählern den Bürgerentscheid zum Verkauf der Stadtbau verloren hatten. 40% der Wahlberechtigten hatten abgestimmt, 70,5% hatten dem Haushalts-Sanierungskonzept dieser Allianz auf Kosten der Stadtbau-Mieter eine klare Abfuhr erteilt. Für Salomon stand fest, daß dieses Ergebnis zwei Gründe hatte: die Unkenntnis der breiten Massen in Haushaltsfragen und ihre Anfälligkeit für die ihm verhassten „Berufsbürger“, die auf den Versammlungen zum Thema Stadtbauverkauf eindeutig gegen ihn und den CDU Finanzbürgermeister gepunktet hatten. Daraus entstand die Konzeption eines pädagogischen Konzeptes Bürgerhaushalt, im wesentlichen ohne Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger. Wochen nach der verlorenen Abstimmung präsentierten die Grünen ihr Projekt Bürgerhaushalt der Öffentlichkeit.

In den Monaten danach bastelte die Stadtverwaltung obiges Konzept aus und missachtete dabei wesentliche Forderungen der Arbeitsgruppe Beteiligungshaushalt, die sich seit Jahren im Agenda 21 Prozess mit dem Thema beschäftigt hatte. Schnell wurde deutlich, daß die Verwaltung keineswegs vorhatte, den Bürgern in Sachen kommunaler Haushalt mehr Einfluss zu verschaffen. Stadtkonferenzen als Basis des Prozesses sollte es nicht geben, damit war die zentrale Ebene für die Entwicklung von mehr direkten Demokra-

Mit einem Bürgerantrag will die Freiburger Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WIM) den Gemeinderat dazu bringen sich mit dem Thema: „Möglichkeiten der Stadt, dem Mietpreisanstieg in Freiburg wirksam entgegenzutreten“ zu beschäftigen.

Passend zu Jahrestag des Bürgerscheids gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen hat WIM auch ein Buch herausgebracht, das die vergangenen Auseinandersetzungen nochmal zusammenfasst: „Wohnen ist Menschenrecht – Ein erfolgreicher Bürgerentscheid in Freiburg“ (AG SPak Bücher, Neu-Ulm, ISBN 978-3-930830-95-4).

(hav)

tie ausgeschaltet. Ein Anfang wäre eine echte Mitbestimmung über den Investitionshaushalt gewesen. Auf Basis aktueller Zahlen über die zur Verfügung stehenden Mittel könnten die Teilnehmer von öffentlichen Stadtkonferenzen Prioritätenlisten darüber erstellen, welche ihrer Anliegen auf Stadtteil- wie auf gesamtstädtischer Ebene an welcher Stelle stehen. Gewählte Delegierte müssten dann auf gesamtstädtischer Ebene diese Anliegen vertreten und auf einer Stadtkonferenz ein Gesamtpaket schnüren. Das Ergebnis könnte dem Gemeinderat dann mit einer demokratischen Legitimation vorgestellt werden. Genau das aber will die grün-schwarze Mehrheit im Gemeinderat nicht.

Forderungen der Unabhängigen Listen

Hendrik Guzzoni, Stadtrat der UL, griff in seiner Rede in der Gemeinderatsdebatte die Vorlage der Verwaltung an: „Diese Vorlage zur Einführung eines Beteiligungshaushaltes, so scheint mir, ist von Angst geprägt. Von Angst, die Kontrolle zu verlieren, dass jemand zu sehr zu Wort kommen könnte oder andere nicht zu Wort kommen. dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nicht dem entsprechen, was Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit sich wünschen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht das vorschlagen, was der Gemeinderat auch umsetzen kann oder will. Von Angst, dass etwas Neues geschieht, etwas, das noch gar nicht absehbar ist. Eben davor, das Heft aus der Hand zu geben, die Kontrolle zu verlieren.“

Die UL hat einen Alternativantrag in die Gemeinderatsitzung eingebracht:

„Im Verfahren des Beteiligungsprozesses sind folgende Punkte unabdingbar:

a) es finden mindestens sechs Stadtteilversammlungen statt, an denen sich jede/r BürgerIn mit Rede- und Stimmrecht beteiligen kann.

b) Es finden mindestens vier inhaltliche Foren statt (z.B. Kultur, Soziales, Verkehr und Umwelt, Bau und Wohnen). Auch an diesen kann sich jede/r Bürger/in mit Rede- und Stimmrecht beteiligen.

c) Es gibt keine Teilnahmebeschränkung bei Veranstaltungen des Beteiligungsprozesses, auch nicht bei der Stadtkonferenz. Auf allen Stadtteil- und Themenkonferenzen sollen Vertreter der Verwaltung eingangs berichten, in welchem Umfang Mittel aus Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zur Disposition stehen. Grundlage dieser Berichte ist die Haushaltslage der Stadt auf Basis der aktuellen Steuerschätzung bzw. des letzten Haushaltserlasses des Landes B-W. Auf allen Versammlungen soll über eine Prioritätenliste abgestimmt werden.

d) Auf der Stadtkonferenz soll eine Abstimmung über eine Prioritätenliste bezüglich der Voten aus den Stadtteil-

versammlungen und den inhaltlichen Foren erfolgen.

e) Die Online-Befragung soll die Voten aus den Stadtteilversammlungen und den inhaltlichen Foren zum Thema haben.

f) Der Gemeinderat verpflichtet sich, über die Ergebnisse aus den Stadtteilversammlungen und die Prioritätenliste der Stadtkonferenz zu beraten und ggf. abzustimmen.

g) Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer projektbezogenen Begleitgruppe.

Dieser Begleitgruppe sollen anfangs VertreterInnen der fünf im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, sowie zwei VertreterInnen der Verwaltung und der Projektgruppe Beteiligungsprozess der Agenda 21 als beratende Mitglieder angehören. Nach der Durchführung der Stadtteilversammlungen sollen auf diesen jeweils zwei stimmberechtigte VertreterInnen in die Begleitgruppe entsandt werden.

Die Begleitgruppe hat u.a. die Aufgabe, die Vorschläge aus den Stadtteilversammlungen und den inhaltlichen Foren für die Online-Befragung und die Stadtkonferenz aufzubereiten.

h) Die Verwaltung wird beauftragt, das Beteiligungsverfahren zu evaluieren und die Ergebnisse der Stadtkonferenz und ihre „Einspeisung“ in Beschlüsse des Gemeinderates/ Maßnahmen der Verwaltung öffentlich darzulegen.“

Für dieses Konzept konnte die UL keine andere Fraktion gewinnen. Auch die SPD, die sich immerhin für Stadtteilversammlungen aussprach, stimmte dagegen und für den Verwaltungsantrag.

Die UL sah sich in der Debatte wütenden Angriffen der Grünen ausgesetzt. Dieser große und wichtige Schritt werde nur durch die Tatsache getrübt, daß eine Fraktion ausschere und wieder rummäkeln würde. Die UL sei der Spalter und rede das Konzept von Anfang an schlecht. Und tatsächlich ist die Lage für die UL nicht einfach, tritt sie doch seit Jahren für einen Beteiligungshaushalt ein und sieht sich jetzt in der schwierigen Lage, an einem untauglichen Konzept mitzumachen oder von draußen mit kritischen Anmerkungen zu glänzen. Ein Ansatzpunkt könnte sein, daß einzelne Bürgervereine in den Stadtteilen erklärt haben, wenn die Stadtverwaltung keine Versammlungen durchführe, dies dann selbst zu organisieren. Ein Ansatz deshalb, weil jeder tatsächliche Zuwachs an Einfluss weder mit dem Internet-Haushaltsrechner, noch mit demoskopischen Umfragen oder handverlesenen Konferenzen erreicht wird, sondern – siehe Bürgerentscheid – mit sozialen Bewegungen, die sich im Stadtteil organisieren.

Michael Moos (Stadtrat der Linken Liste – Solidarische Stadt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der UL)

Köln:

Rege Beteiligung am Bürgerhaushalt

Ein Bürgerhaushalt ist ein Verfahren zur Beteiligung der Bürger/innen an der Aufstellung des kommunalen Haushaltes mit den Verfahrensschritten Information, Durchführung und Rechenschaft. Dieses Modell wurde im Ratsbeschluss der Stadt Köln beschlossen. Durch allgemein verständliche Darstellung werden dabei die Einwohner/innen einer Stadt oder Gemeinde zunächst über den Haushalt informiert, durch vielfältige Beteiligungsformen möglichst viele Anregungen und Bewertungen zum Haushaltsentwurf des Kämmerers eingeholt und schließlich deren Berücksichtigung bei dem vom Rat verabschiedeten Haushalt in einem Rechenschaftsbericht dargelegt. Der Bürgerhaushalt stößt bei den Kölner/innen auf großes Interesse.

12.000 Mal hatte das Amt für Statistik die Bevölkerungsumfrage „Kölner Bürgerhaushalt“ an zufällig ausgewählte Personen zwischen 18 und 80 Jahren verschickt. Insgesamt 4175 Personen, davon 2215 weiblich (53%) und 1934 männlich (47%) antworteten. Die gute Rücklaufquote von knapp 35% liegt damit deutlich über den üblichen 20-25% bei ähnlichen Umfragen. Keine drei Tage nach der Auftaktveranstaltung im Gürzenich lagen die ersten tausend Vorschläge vor.

Auf der Internetseite haben sich bis zum 4.11.07 2600 Menschen registrieren lassen. Hier können nicht nur Vorschläge zu den Themen Straßen, Wege, Plätze, Grünflächen und Sport gemacht werden, sondern auch die Vorschläge anderer kommentiert und bewertet werden. Es wurden über 2.800 Vorschläge via Internet gemacht und über 3000 Kommentare geschrieben. Das scheint ein eindeutiges Zeichen dafür zu sein, dass sich die Menschen sehr wohl um die lokalen Belange in der Stadt kümmern wollen. Die Topthemen im Vorschlags- und Diskussionsforum sind:

- Bessere Radwege
- Besserer ÖPNV
- Erhalt und Gestaltung von Grünflächen
- Hundefreundlichkeit
- Einsparmaßnahmen für die öffentliche Hand
- Sauberkeit und Ordnung
- Erhalt und Ausbau von Sportanlagen

Die Vorschläge, die von den Bürgerinnen und Bürgern unterbreitet werden, sind zum großen Teil nachvollziehbar.

Es handelt sich hierbei meist um Verbesserungen im direkten Lebensumfeld der Menschen. Teilweise werden die gleichen Themen in den lokalen und kommunalen Gremien ebenfalls diskutiert (z.B. Aufzug an der KVB Haltestelle Neusser Straße / Gürtel, vernünftige Gestaltung der Venloer Straße in Ehrenfeld), Erhalt des Schwimmbades in Nippes. Andere Vorschläge sind neu, so zum Beispiel die Beleuchtung von Jogging-Strecken an langen Winterabenden. Es ist sehr erfreulich, dass sich so viele Menschen in den Diskussionsprozess um Veränderungen in ihrer Stadt einbeziehen lassen. So wie dies in Köln zurzeit praktiziert wird, gibt es aber auch eine sehr hohe Erwartungshaltung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Hat sich jemand beteiligt und der oder diejenige findet im Netz auch noch (viele) Gleichgesinnte,

wird zurecht erwartet, dass der Vorschlag auch in den Haushalt aufgenommen und das Projekt in absehbarer Zeit auch umgesetzt wird. Nur wenn echte Resultate vorzeigbar sind, hat der Bürgerhaushalt sein Ziel erreicht.

Das kann mitunter schwierig werden: Wenn bei der Auswertungsveranstaltung der Stadt Köln z.B. vermittelt werden muss, dass es trotz Bürgerhaushalt

und vieler Pro-Stimmen für den Aufzug Neusser Straße/ Gürtel keinen Aufzug gibt, da dieser von Landesmittel abhängig ist.

Nicht von Landesmittel abhängig ist der Betrieb des Bades in Nippes. Es könnte sich also lohnen, im Internet für den Erhalt des Bades zu stimmen. Circa 100 Stimmen sprechen sich für den Erhalt des Bades auf der Internetseite des Bürgerhaushaltes aus. Wem das nicht behagt, sich aber trotzdem für das Bad einsetzen möchte, ist willkommen: Am 14. November um circa 17.30 Uhr wird es eine Aktion am Bad in Nippes, Friedrich-Karl-Straße geben.

Die Quintessenz aus heutiger Sicht zum Bürgerhaushalt kann nur diese sein: Werden vorgeschlagene Projekte tatsächlich und relativ zeitnah umgesetzt, wird der Bürgerhaushalt die Mitbestimmung und lokale Demokratie stärken. Wenn nichts Zählbares dabei raus kommt, besteht die Gefahr, dass sich die Menschen von Politik und Verwaltung nicht erst genommen fühlen.

Michael Weisenstein

Aus: Lokalberichte Köln, 23/2007



Freiburg: Freies Radio Dreyeckland kämpft ums Überleben! Spendet!

Der älteste freie Sender in Deutschland, Radio Dreyeckland in Freiburg, ist ernsthaft bedroht. Ein verlorener Rechtsstreit mit der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) in Stuttgart bringt das Radio an die Existenzgrenze, welches nun dringend auf Solidarität angewiesen ist. Viele sehen dies als Erfolg der LfK und der Stuttgarter CDU in ihrem langjährigen Kampf gegen freie Medien in Baden-Württemberg.

Das freie Radio Dreyeckland ist seit über 30 Jahren ein Dorn im Auge der Stuttgarter Behörden. Acht Jahre lang produzierte RDL als Piratensender teilweise von Frankreich aus, bis es 1988 zum ersten Mal legal senden konnte. Entstanden aus der Anti-Atomkraft Bewegung der Achtziger Jahre heraus, war RDL stets fester Bestandteil der politischen Bewegungen der Region ... alle fanden im Radio ein Medium, ihrer Agenda ein Gehör zu verschaffen. Nun sieht es nach dreißigjähriger Geschichte so aus, als hätte das Radio den Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen und privaten Mainstream verloren. Seit zwei Monaten können keine Löhne mehr gezahlt werden, das Programmheft wurde eingestellt, die Räume für Archiv und Verwaltung müssen gekündigt werden und die Hälfte der 12 Hauptamtlichen, die vor allem für Verwaltung und Einarbeitung der ehrenamtlich arbeitenden Redakteure zuständig waren, wird voraussichtlich entlassen. Trotzdem herrscht kämpferischer Wille zum Weitermachen, und ans Aufgeben will keiner denken. So startete nun eine Kampagne für den Erhalt dieses unabhängigen Mediums in Freiburg. „Wir stehen auf zwei Beinen. Auf der einen Seite finanzieren wir uns durch die Mitglieder und Unterstützer des Radios. Auf der anderen Seite von den Landesmitteln der LfK. Dies ist ein Holzbein, und wir wollen es durch ein gesundes ersetzen!“ Noch ist RDL dringend auf öffentliche Gelder angewiesen. Doch immer mehr werden diese an Projekte und Auflagen gebunden, die ein freies Arbeiten nicht mehr ermöglichen und Druck auf die Radiomachenden ausüben sollen.

Aus der Not eine Tugend machen – Unabhängigkeit für ein freies Radio! Die Taktik der LfK, freien Radios in BaWü das Leben schwer zu machen, ist unübersehbar. Laut Gesetz ist das Land verpflichtet, freie Radios zu fördern und zu ermöglichen. Die Taktik der LfK läuft jedoch darauf hinaus, langfristig den freien, politischen Radios den Garaus zu machen und durch so genannten „Bürger Radios“ zu ersetzen. So bekam etwa Radio Querkunft in Karlsruhe Probleme, als eine eindeutig sexistische Gruppe rausgeschmissen wurde. Die LfK beschwerte sich daraufhin, dass das Radio „allen Gruppen“ offen stehen müsse und keine eigene, politische Meinung vertreten werden darf.

RDL in Freiburg versucht nun, aus der Not eine Tugend zu machen. „Schlagen wir uns das Holzbein ab!“ heißt es. Zunächst müssen zwar Räume gekündigt und Festangestellte entlassen werden, doch langfristig hoffen die Radiomachenden auf Unterstützung aus der Bevölkerung. „Hört, macht, unterstützt freies Radio!“ lautet die Parole, und die Freude über den Erfolg ist den Leuten im Radio anzusehen. In kürzester Zeit unterstützen viele Hörer und Sympathisanten den Aufruf, und viele Bands, Veranstalter und politische wie soziale Organisationen, die jahrelang von der Arbeit des Radios profitiert haben, zeigen ihre Solidarität. So langsam kommt Schwung in die Bewegung für den Erhalt des ältesten freien Radios Deutschlands, und die Hoffnung, doch noch einmal 30 Jahre weitermachen zu können, steigt mit jedem neuen Sympathisanten.

(www.rdl.de)

Spendenkonto: Freundeskreis RDL; Volksbank Freiburg KTNr: 9320202; BLZ 68090000

SozialCard einführen: GÖTTINGEN. Die Linksfraktion im Rat der Stadt beantragt: Die Stadt Göttingen führt für bedürftige Personen und Familien unterhalb eines bestimmten Einkommens spätestens ab Juli 2008 eine „SozialCard“ ein. Als bedürftig gelten im Sinne dieses Antrages: Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) beziehen; Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen; Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen; Personen, die Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII (Grundsicherung) beziehen, sowie Personen mit geringem Einkommen. Dem Besitzer/der Besitzerin wird nach Vorzeigen dieser Karte jeweils ein Nachlass von mindestens einem Drittel auf das Eintrittsgeld gewährt werden. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert den jeweiligen Nachlass mit den Einrichtungen und Vereinen auszuhandeln. In allen städtischen Einrichtungen sowie in denen, die nur noch teilweise in städtischem Besitz sind, muss er unmittelbar in Höhe von 50 % gewährt werden. Zumindest müssen das Badeparadies und der ÖPNV in die SozialCard eingebunden werden. Zur Begründung: Schwimmbadbesuche (besonders mit Kindern), Theater-, Konzert- und Kinobesuche sowie das Sporttreiben (insbesondere für Kinder) dürfen bedürftigen Personen nicht verweigert bleiben. „Zur gesellschaftlichen Verantwortung und zu einem gesunden Gemeinwesen gehört es, von Armut Betroffene aus der Isolation herauszuholen und ihnen Selbstbewusstsein zu vermitteln, damit die Potenziale zur aktiven Veränderung ihres prekären Zustandes durch ein aktives Leben in der Gemeinschaft gefördert werden. Durch Einfluss und Inspiration im zwischenmenschlichen Kontakt kann ein starker Wille entstehen, sich seinem Schicksal nicht auszuliefern, sondern es aktiv ohne Zwangsmechanismen verändern zu wollen.“

www.linkspartei-goettingen.de/

Haushaltsgrundsätze erarbeitet: OLDENBURG. Im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen hat die Fraktion Die Linke.Oldenburg Grundsätze erarbeitet, die in einen konkreten Alternativvorschlag zum Haushaltsentwurf der Verwaltung einmünden werden. Mit dem von der Ratsmehrheit unter unserer Beteiligung beschlossenen Haushalt 2007 war Oldenburg ein Stück sozialer gestaltet worden. Dahinter darf es kein Zurück geben. Soziale Errungenschaften wie Schulmaterialfonds, Frauennachttaxi, Bildungsgutschein, Ermäßigung für Einwohner mit geringem Einkommen beim Besuch der Bäder oder dem öffentlichen Personen-nahverkehr (Oldenburg-Pass) müssen

auf Dauer gesichert werden. Soziale Initiativen und ihre ehrenamtliche Arbeit müssen weiterhin gefördert werden. Das Frauenhaus benötigt dringend ein größeres Gebäude. Die Stadt muss langfristig ihren riesigen Schuldenberg abbauen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung der Gewerbesteuer von 410 auf 420 Punkten wird deshalb akzeptiert. Diesen Vorschlag hatten wir schon letztes Jahr gemacht. In gleichem Umfang kann auch die Grundsteuer angehoben werden. Im Verwaltungsvorschlag zum Haushalt steckt der Plan, die Stadt in 10 Jahren zu entschulden. Dieser Prozess muss sozial verträglich gestaltet werden und wird deshalb mindestens 15 Jahre dauern.

www.fraktion-dielinke.kdo.de

Zwangsverrentung belastet auch die Kreise und Kommunen: KÖLN. Die Bundesregierung will Langzeiterwerbslose bald zwangsweise verrenten. Wer mit 58 Jahren ohne Aussicht auf einen Job ist, wird endgültig in den Ruhestand geschickt und bekommt bis zu 18 % weniger Rente. Ulrike Detjen, Landessprecherin DIE LINKE. NRW, weist jetzt in einer Pressemitteilung auf die Folgen der Zwangsverrentung hin: „Bis zu 18 % weniger Rente bezieht dieser Personenkreis dann künftig.“ Die ARGEN werden berechtigt sein, einen Rentenanspruch für all diejenigen einzureichen, die den Rentenanpruchsvoraussetzungen entsprechen und ansonsten weiterhin ALG-II beziehen würden, da diese Leistung nachrangig gewährt wird. Und dies auch gegen den Willen der Betroffenen. „Eine solche Handhabe würde aber auch zu einer deutlichen Belastung der kommunalen Haushalte für Unterhaltsleistungen von sozial Bedürftigen führen“, betont Detjen. Viele „Früh“-Rentnerinnen und Rentner werden dann zunächst sogar Sozialhilfe beantragen müssen und später dann Grundsicherung im Alter. Und davon wären Kreise und Kommunen wiederum unmittelbar betroffen.

<http://die-linke.de/presse>

Auf die Straße – gegen Armut in einer reichen Stadt: FRANKFURT A.M. Die Fraktion DIE LINKE im Römer und der Kreisverband der Partei DIE LINKE unterstützen die Kundgebung des VDK-Kreisverbandes Frankfurt gegen unsoziale Politik am 17. November auf dem Römerberg. „100 Millionen Euro jährliche Steuergeschenke an ohnehin teils Rekordgewinne verbuchende Großkonzerne, als Folge der unsinnigen Gewerbesteuerenkung, während gleichzeitig 70.000 Menschen in Frankfurt von Hartz IV und jedes 4. Kind in Armut leben müssen – das ist eine Bi-

lanz gesellschaftspolitischen Versagens“, so Viehl, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Römer. Dringend geboten sei ein Umsteuern in der Bundes- und Kommunalpolitik. Die sozialen Sicherungssysteme müssten armutsfest ausgebaut, die Regelsätze für Arbeitslose und die Renten deutlich erhöht werden. Die öffentliche Gesundheitsversorgung müsse, ebenso wie die Bildung, kostenfrei sein. Protestkundgebung „Frankfurt boomt – die Armut auch“, Sa. 17.11.2007, 15 Uhr, Römerberg <http://dielinke-im-roemer.de>

Wer nichts hat, kann auch nichts sparen: BOCHUM. Am 30. Oktober wurde der Weltspartag „gefeiert“. Für BezieherInnen von ALG-II gibt es aus Sicht der Linksfraktion aber wenig zu feiern. Für einige reicht das Geld noch nicht einmal für ein Girokonto, geschweige denn, dass sie nennenswerte Rücklagen bilden könnten. Obwohl die Grundgebühren bei der Sparkassen für ein Girokonto schon bei 2,25 Euro liegen, sind im Regelsatz des ALG II nur knapp 50 Cent für den Geldverkehr eingeplant. Die Linksfraktion stellt deshalb zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses den Antrag, BezieherInnen von ALG II ein gebührenfreies Girokonto bei der Sparkasse Bochum einzurichten. BezieherInnen von Sozialhilfe, SchülerInnen und Soldaten können sich bereits ein kostenloses Girokonto bei der Sparkasse einrichten lassen. DIE LINKE fordert hier eine Gleichbehandlung. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ernst Lange: „Die von der Sparkasse vorgelegten Zahlen sind für uns nicht nachvollziehbar. Angeblich kostet unser Antrag die Sparkasse 1,5 Millionen Euro pro Jahr. In diese Berechnung wurden aber auch die Menschen einbezogen, die ALG I beziehen. Die sind in unserem Antrag aber gar nicht vorgesehen. Außerdem sind wir der Meinung, dass ein solches Konto die Sparkasse auch ruhig etwas kosten darf. Die Sparkasse erwirtschaftete im vergangenen Jahr einen Gewinn von rund 10 Millionen Euro. Davon führte sie 4,7 Millionen an den Haushalt der Stadt ab, den Rest packte sie in die Sicherheitsrücklagen.“

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Kostenfreies Widerspruchsverfahren abgeschafft: KÖLN. Ab dem 1. November 2007 hat der Landtag für fast alle Verfahren nach Landesrecht das kostenfreie Widerspruchsverfahren abgeschafft. Auch die Kommunen sind betroffen. Bereits im April 2007 wurde in NRW das Widerspruchsverfahren für das Bau- und Gewerbeamt abgeschafft. Der Wegfall dieses Rechtsbe-

helfs ist Teil des „Bürokratieabbaugesetzes II“, das der Landtag am 20. September 2007 verabschiedet hatte. Folge: Bürger können gegen einen Verwaltungsakt, der nach dem 31. Oktober 2007 erlassen wurde und nach ihrer Ansicht fehlerhaft oder ungerecht ist, nur noch beim zuständigen Verwaltungsgericht klagen. In jedem Fall müssen sie dazu die Gerichtskosten vorschießen und eine begründete Klage formulieren. Die muss binnen Monatsfrist eingereicht sein. Verliert der Kläger, muss er die Prozesskosten zahlen. Ernst Giesen, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW macht deutlich, dass der Gerichtsweg für Betroffene eine erhebliche psychologische Hürde darstellt. Giesens Urteil über den Wegfall des Widerspruchsverfahrens: „Ein wertvolles Instrument zur nachträglichen Überprüfung von Bescheiden, insbesondere im Bereich des komplizierten Gebührenbeitrags- und Abgaberechts, ist damit weggefallen.“ Betroffen vom Wegfall des Widerspruchsrechts werden in hohem Maße Wohneigentümer sein. „Dabei geht es oft um Grundbesitzabgaben wie Abwassergebühren, Straßenreinigung, Erschließungsbeiträge für den Straßenbau, Grundsteuer etc. Andere Beispiele seien falsche kommunale Bescheide rund um Hunde-, Vergnügungs- oder Gewerbesteuer. In der Vergangenheit seien rund 90 Prozent der Widersprüche zurückgewiesen worden. Dies heiße aber nicht, dass die Behörden auch in 90 Prozent der Fälle im Recht gewesen seien.“ www.rundschau-online.de



Bis zu 40000 Arbeitsplätze bei kommunalen Stadtwerken in Gefahr: BERLIN. ver.di rechnet mit dem Verlust von bis zu 40000 Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten zehn Jahre, wenn die Anreizregulierung von Strom- und Gasnetzen wie geplant am 1. Januar 2009 in Kraft tritt. Betroffen davon wären insbesondere die Beschäftigten kommunaler Stadtwerke. Der Plan der EU-Kommission, Strom- und Gasnetze eigentumsrechtlich von den Energieunternehmen zu trennen, sei ein Anschlag auf die sichere Versorgung der Bürger/innen mit Elektrizität und Wärme. Die Kommission lade global operierende Risikofonds gerade dazu ein, die Kontrolle über die Netze zu übernehmen. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott forderte daher von der Bundesregierung, den angekündigten Widerstand gegen die EU-Pläne aufrechtzuerhalten. <http://www.verdi-news.de>

DStGB warnt vor der Einführung eines Betreuungsgeldes:

LEIPZIG. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte in einem Interview der Leipziger Volkszeitung, ein Betreuungsgeld setze die falschen politischen Prioritäten, verzögere den Einstieg der Kommunen in den Aufbau der notwendigen Kinderbetreuungsstruktur und fördere die Benachteiligung bildungsferner Schichten. Er halte es auch für sehr ungewöhnlich, reine Wunschvorstellungen in ein Gesetz zu schreiben. «In einem Gesetz sollen Tatbestände und kein politischer Wunschkatalog festgehalten werden», kritisierte Landsberg. Zudem könne er sich «nur wundern, dass der Bund offenbar im Geld schwimmt, wenn er jetzt 1,3 Milliarden Euro zusätzlich für ein Betreuungsgeld einsetzen will». Wenn von der Leyen allen etwas bieten wolle, solle sie am Gut-scheinmodell festhalten.

<http://www.dstgb.de>

Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“:

ERFURT. „Die direkte Demokratie in Thüringer Kommunen soll reformiert, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen erleichtert werden. Derzeit ist Thüringen Schlusslicht im Ländervergleich: Nirgendwo sind die Hürden so hoch, die meisten Themen sind gar nicht zulässig. Das soll sich ändern. Am 11. Oktober ist die Frist für unsere Sammlung in Thüringen abgelaufen. 12.862 Bürgerinnen und Bürger haben den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ unterzeichnet. Für den Zulassungsantrag waren 5.000 Unterschriften notwendig. Am 31. August hatte unser 20 Organisationen starke Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen die Unterschriftensammlung gestartet. Wir haben die Unterschriften an das Thüringer Innenministerium übergeben. Wird unserem Antrag stattgegeben, wird die Frist für die Unterschriftensammlung zu dem eigentlichen Volksbegehren festgesetzt. Dann müssen innerhalb von vier Monaten zehn Prozent der Thüringer Stimmberechtigten, etwa 200.000 Bürgerinnen und Bürger, unterschreiben. Wir rechnen mit dieser großen Sammlung im Frühjahr 2008. Diese erste Etappe auf dem Weg zum Volksentscheid bestätigt, dass viele Menschen im Land nach fairen Bürgerbegehren verlangen. Der Kraftakt liegt jedoch noch vor uns. Für die große Sammlung im Frühjahr werden wir 20 mal mehr Engagement aufbieten müssen.“

<http://www.thueringen.mehr-demokratie.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Streik- und Protesttag in Stuttgart

„Heute wird hier ja wohl überall gestreikt“. So ein Passant in der Stuttgarter Innenstadt am 25. Oktober 2007. Und dieser Eindruck kam nicht von ungefähr.

Wegen des Streiks der Lokführer fielen in der Region 60% der S-Bahnen und 40% der Regionalzüge aus. „Die Reisenden nahmen es zumeist gelassen“, stellte der Reporter der Stuttgarter Zeitung fest. Weniger gelassen geht die baden-württembergische Landesregierung inzwischen mit dem Streik der GDL um. Ministerpräsident Oettinger fordert das Eingreifen des Bundes. Oettinger geht es allerdings nicht um das Wohl der Pendler. Dieses Argument ist vorgeschoben. Im geht es um den Profit von Daimler, Bosch und Co. Denn wenn Beschäftigte zu spät zur Arbeit kommen und LKWs auf der A 81 vor Stuttgart in einem 18 km langen Stau hängen, sind das Verluste für die Unternehmer. Das zeigt: Der GDL-Streik wirkt.

„Noch länger lächeln für noch weniger Geld“

Im Einzelhandel haben am 25.10. in der Region Stuttgart 1.000 VerkäuferInnen in 20 Betrieben die Arbeit niedergelegt. Selbstbewusst haben sich die Streikenden vor den Ladenfilialen mit Plakaten postiert: „Wir sind mehr wert“ – „Noch länger arbeiten für noch weniger Geld“. „Uns will man die Zuschläge für längere Arbeitszeiten streichen, weil sonst die längeren Öffnungszeiten nicht finanzierbar sind. Und die Manager genehmigen sich höhere Gehälter“, so ein Kaufhof-Mitarbeiter gegenüber der Stuttgarter Zeitung. Neben dem Kaufhof wurden Sportscheck, Karstadt, H&M, C&A, Handelshof- und Rewe-Märkte bestreikt. Allerdings blieben die Läden weitgehend offen. Die Betriebsleitungen rufen einfach flexibel einsetzbare Teilzeitkräfte an, die aus Angst ihren Job zu verlieren, zur Arbeit gehen, obwohl sie den Streik für richtig halten. Da die Unternehmer nicht bereit sind, Zugeständnisse zu machen, wird sich der Streik wohl ins Weihnachtsgeschäft verlagern und sich dadurch extrem zuspitzen.

GdP mobilisiert gegen Stellenabbau

Um 13 Uhr demonstrierten um die 800 Polizisten in Uniform in der Innenstadt. 613 Stellen sollen landesweit abgebaut werden. Wieviele das sind, zeigten sie durch die Formierung von 613 Kollegen zu einem Block. Der Landesvorsitzende der GdP verdeutlichte,

dass diese Stellenzahl dem Personalstand von sechs bis sieben großen Revieren entspricht. Und diese Stellen werden nicht beim Personenschutz für Oettinger und Co. gestrichen, sondern im Vollzugsdienst, d.h. da wo es die Normalbevölkerung trifft. So sollen z.B. Polizeireviere zusammengelegt werden. Es wäre dann ausgeschlossen, dass künftig ein Streifenwagen in 15 Minuten am Einsatzort sei, kritisierte der Landesvorsitzende der GdP, Josef Schneider. Vor allem auf dem flachen Land hätte die Schließung von Revieren dramatische Folgen für die Sicherheitslage.

Die GdP fordert bei ihrem Protesttag mehr Stellen statt Stellenstreichungen. Allein bei der Kripo würden die Kollegen 1,7 Millionen Überstunden vor sich herschieben.

„Jetzt wir! Öffentlich ist mehr wert“

Anlässlich der Haushaltsberatungen des Stuttgarter Gemeinderats hatte Verdi Stuttgart am Nachmittag zu einer Kundgebung und zum Besuch der Gemeinderatssitzung aufgerufen. Um die 400 Kolleginnen und Kollegen waren diesem Aufruf gefolgt. Während die Stadt Stuttgart die reichste Stadt der Bundesrepublik ist, einen Rekordinvestitionshaushalt von 1 Milliarde Euro beschließen will und Geld für das Wahnsinnsprojekt S 21 verpulvert, soll bei den Beschäftigten der Stadt Stuttgart weiter gekürzt werden. Im Arbeiterbereich sollen z.B. die Wegezeiten zur Kantine in der Mittagspause nicht mehr als Arbeitszeit angerechnet werden. Die Stadt hat ausgerechnet, dass sie dadurch bei den verschiedenen städtischen Betrieben 50 Stellen streichen kann. Fürs Klinikum wurden vor kurzem nach langen Protesten der Verdi-Betriebsgruppe zwar 14 Stellen für die Psychiatrie erkämpft. Der Personalabbau im Klinikum soll aber weitergehen. Beim Jugendamt sollen die Kitas zu einem Eigenbetrieb ausgegründet werden. All diese Pläne lehnt Verdi kategorisch ab. Das haben Verdi-Funktionäre und Personalräte in ihren Reden bei der Protestkundgebung am 25.10. deutlich gemacht. Verdi Stuttgart fordert stattdessen 400 neue Stellen bei der Stadtverwaltung und mehr Geld von der Stadt für die Krankenhäuser. Die weiteren Haushaltsberatungen sollen mit weiteren Protesten begleitet werden. Im nächsten Schritt soll es Personalversammlungen geben. Bernd Riexinger wies darauf hin, dass am 31.12.07 wegen der Tarifrunde im öffentlichen Dienst die Friedenspflicht zu Ende sei und drohte damit, dass Verdi dann nicht nur für mehr Lohn arbeitskampffähig sei.

Ursel Beck
Kommunale Berichte Stuttgart

Lokführerstreik

Die GDL streikt. SPD-Fraktion: Bahnvorstand soll hart bleiben

Am letzten Dienstag hat die GDL entschieden, von Mittwoch bis Freitag stufenweise den Güter-, den Fern- und den Regionalverkehr zu bestreiken. Hauptziel der GDL ist ein eigener, auf die Berufsgruppe bezogener Tarifvertrag. Genau dies will der Bahnvorstand nicht. Es gebe im Unternehmen etwa zwanzig Berufsgruppen, die ebenso wie die Lokführer den Gesamtbetrieb lahmlegen könnten. Auch der DGB steht Berufsgruppengewerkschaften skeptisch gegenüber. Der Bahnvorstand wird in seiner harten Haltung von SPD, namentlich der Bundestagsfraktion, Vorsitzender Struck, unterstützt.

Im konservativ bürgerlichen Lager gibt es nicht gerade Unterstützung für die GDL, man sieht es aber nicht ungerne, dass das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ aufgeweicht wird. Allerdings gibt es auch Unterstützung für den Standpunkt des Bahnvorstands.

Ungebrochener Kampfgeist der GDL

Die Frage „Wer soll wie bezahlt werden“ wird nicht nur durch Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf dem Markt entschieden und auch nicht nur durch Verhandlungen zwischen Tarifkartellen. Die öffentliche Meinung spielt ebenfalls eine erhebliche Rolle. Durch die Kampfaktionen der GDL ist die tatsächliche Entlohnung der Lokführerinnen und Lokführer zu einem Thema geworden. Das Publikum war überrascht, dass in diesem Bereich so wenig verdient wird. Eine solche Kommunikationslage „Was, so wenig kriegst Du dafür“ schafft Legitimation, die gerade dann nötig ist, wenn eine Einrichtung still steht, für deren Leistungen es weit hin kein Ersatzangebot gibt.

Problematik des Ziels

Die weit überwiegende öffentliche Meinung würde dem Lokpersonal Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gönnen. Die GDL schiebt aber den Abschluss eines eigenen Vertrags in den Vordergrund. Die GDL bewegt sich dabei in einem Trend, der auch in anderen Bereichen spürbar ist und letztes Jahr im Gesundheitswesen zum Abschluss eines ärztespezifischen Vertrags durch den Marburger Bund geführt hat.

Diese Tendenz geht auf verschiedene Entwicklungen zurück: Zum ersten stellt sich die nun schon lange anhaltende Stagnation der durchschnittlichen Einkommen aus unselbstständiger Arbeit in der Praxis so dar, dass in gewissen Bereichen das Einkommen fällt,

während es in anderen steigt. Eine solche Entwicklung kann in „solidarischen“ Tarifverträgen nicht ausgedrückt werden. Also gibt es Berufsgruppen, die sich durch die Tarifverträge „unterbewertet“ fühlen. Ein weiteres Phänomen: Während im großen und ganzen die Fixierung der Arbeitskraft auf einen, früher oft lebenslang ausgeübten Beruf abnimmt, gibt es insbesondere im Bereich der großen Industrie viele technische Funktionen, die keineswegs leicht und schnell nachgebildet und ersetzt werden können. Es entsteht eine technische Abhängigkeit des ganzen Betriebs von Personengruppen, die im Vergleich zur Gesamtbelegschaft nicht groß sind. Die deutsche Bahn z.B. kann ihren Betrieb nicht durch rasche Akquisition neuer Kräfte aufrechterhalten.

Das ist der Boden, auf dem Ansprüche von Berufsgruppen auf „eigene“ Tarifverträge wachsen. Stellt man sich z.B. bei der Bahn ein Vertragsgeflecht vor, das durch Abschlüsse des Bahnvorstandes mit einer Vielzahl von Fachgewerkschaften entsteht, so ist kaum vorstellbar, dass das mit einer Verbesserung von Einkommen und Arbeitsbedingungen einhergeht.

Differenzierung des Berufsbildes

Die Funktion des Lokomotivführers ist technisch gesehen weder eine abgeschlossene Funktion noch eine einheitliche. Der Fahrbetrieb wird in einem erheblichen und wachsendem Umfang von außen über Computer und Leitsignale gesteuert. So ist z.B. für U-Bahnen der „führerlose Betrieb“ in der Erprobungsphase, und auch wenn das letztlich nichts werden sollte, so verweist es doch auf einen erheblichen Funktionsverlust hin. Ganz erheblich anders mag sich die Situation im Fernverkehr darstellen. Insgesamt jedoch steht die Berufsgruppe der „Lokführer“ unter erheblichem Differenzierungsdruck. Zudem kann ein wachsender Anteil des Personals durchaus vom Arbeitsmarkt geholt und relativ schnell angelernt werden. Solche Gründe könnten die harte Verhandlungsführung des Bahnvorstandes erklären, der eine mehr durch Tradition und Standesbewusstsein als durch die heutigen Gegebenheiten zusammengehaltene Gruppierung aufbrechen will.

Solidarität

In einem kapitalistischen Unternehmen wird gestreikt, um die Teilung des Betriebsergebnisses in Lohn und Profit zugunsten der Lohnseite zu verbessern. Da das Betriebsergebnis durch Kooperation der ganzen Belegschaft entsteht, ist vom Verteilungskampf auch die ganze Belegschaft betroffen. Die Einheitsgewerkschaft verhandelt mit dem Anspruch, einen für alle Einzelpositionen akzeptables Gesamtvertragswerk zu

Stand zu bringen. Es besteht eine bipolare Verhandlungssituation. Verhandeln Fachgewerkschaften hart und bis zum Äußersten, so entsteht ein Dreiecksverhältnis. Die Kapitaleseite kann die Forderungen der Fachgewerkschaft aus den Profiten befriedigen. Sie kann aber auch versuchen, die erforderlichen Mittel aus den anderen herauszupressen. Ähnliche Situationen können auch ihm Rahmen der Verhandlungsführung einer Einheitsgewerkschaft entstehen. Sie führen dort aber letztlich zu Mitgliederverlust, bei einer Fachgewerkschaft nicht. Die Lohnfindung auf der Basis von Berufsgruppen- und Fachgewerkschaften führt deswegen einen Legitimationsverlust mit sich, diese Form der Auseinandersetzung kann nicht mit dem Anspruch einer allgemeinen Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen verbunden werden; es sei denn, sie würde mit einem Kampf um die gesetzliche Regelung von Mindestlohn und Arbeitsbedingungen verbunden.

Streik vor Gericht

Die Strategie der GDL war von Anfang an darauf ausgerichtet, nicht nur die Bahn-AG mit Profitverlusten zu bedrohen. Die Auswirkungen von Bahnausfällen für den volkswirtschaftlichen Gesamtprozess werden mitgedacht. Diese bei allen Aktionen mitschwingende Überlegung der GDL hat eine Diskussion der rechtlichen Zulässigkeit ihrer Aktionen ausgelöst. Die diversen inzwischen gefällten Einzelurteile werden gerade wegen ihrer Widersprüchlichkeit zur Entstehung eines Arbeitskammerrechts führen, das definiert, wann ein Streik „zulässig“ ist und wann nicht.

Aussichten

Es ist denkbar, dass der Bahnvorstand auf die Forderung der GDL nach einem „eigenen“ Tarifvertrag durch Auslagerung des ganzen Bereichs an eine Art Servicegesellschaft nachkommt. Anders als noch vor vierzig, fünfzig Jahren ermöglicht die moderne, rechnergestützte Verwaltungstechnik, technisch eng verzahnte Tätigkeitsbereich betriebswirtschaftlich voneinander abzusondern. Solche Verfahren sind besonders im Bereich der öffentlichen Dienste längst erprobt, allerdings um die Löhne in den betroffenen Bereichen zu senken. Es ist schon verständlich, dass solche Tendenzen den Verfechtern der Einheitsgewerkschaft die Haare sträuben.

Ungewöhnlich genug fordert die SPD-Fraktion, Struck, im Bundestag den Bahnvorstand auf, „hart“ zu bleiben. Das ist von Arbeitnehmergesichtspunkten aus ein schwerer strategischer Fehler. Wenn es schon so ist, dass sich bei der Findung von Arbeitsverträgen berufsgruppenspezifische Anliegen stärker ausprägen, dann muss sich die Arbeitnehmerseite auf Verhandlungen

BDA begrüßt „Blue Card“.

FAZ, Frei. 9.11.07. Die deutschen Arbeitgeberverbände befürworten die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene „Blue Card“, mit der hochqualifizierte Arbeitskräfte nach Europa geholt werden sollen, verlangen aber Sprachkenntnisse. Die Kommission plant dieses Kriterium nicht. Bundesinnenminister W. Schäuble äußerte, dass eine „Blue Card“ nicht zu einer schleichenden Entmachtung der Mitgliedstaaten in Einwanderungsfragen führen dürfe.

Pharmafirmen wollen Erstattungs-fähigkeit von Medikamenten zu beeinflussen.

Der Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), P. Sawicki, hat wegen Versuchen der Pharmaindustrie, die Arbeit des seit drei Jahren bestehenden Instituts zu beeinflussen, mit seinem Rücktritt gedroht. Die Beurteilung der Voraussetzungen, wonach Kosten und Nutzen von Medikamenten abgewägt werden sollen dient der Selbstverwaltung für die Entscheidung, welche Arzneien erstattungsfähig sind. Der Vertreter der Pharmaindustrie, R. Hess, sagte, die Industrie „habe ein Recht auf ... Mitwirkung“. Lt. Sawicki kann die Pharmaindustrie mitwirken, doch dürfte sie weder Auswahl der Studien noch die Bewertung der Ergebnisse beeinflussen.

Ärzte beschwerten sich bei Bischöfen.

FAZ, Sa. 10.11.07. Der Marburger Bund verlangt die Aufnahme sofortiger Tarifverhandlungen, die durch kirchliches Arbeitsrecht nicht durch Streikmaßnahmen erzwungen werden können. „In kirchlichen Kliniken müssen Ärzte noch länger arbeiten, mehr Bereitschaftsdienste schieben, bekommen dafür weniger Geld und sind unzufriedener als die Ärzte insgesamt“. Gewerkschaftsvorsitzender F. Montgomery zog dieses Fazit aus einer repräsentativen Umfrage. Der evangelische Krankenhausverband und der Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland bezeichneten die Vorwürfe als Stimmmache. *Presseauswertung: rst*

im Bündnis einstellen. Jahrzehntlang hat z.B. die ÖTV gemeinsam mit der DAG verhandelt. Wenn sich die DGB-Gewerkschaften geführt von jemandem wie Hindukusch-Struck auf Taktiken einlassen, die ein Verhandlungsmonopol erstreben und das im Zusammenspiel mit der Kapitaleseite durchsetzen, dann ist das ein Verfahren, das die so Bekämpften zur Bildung eigener Organisationen geradezu zwingt.

Martin Fochler

Achtung nur noch zwei Wochen:

Unterschriftensammlung für die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ ArGe, in der Linkspartei

Mit der vorletzten Ausgabe der Politischen Berichte verschickte die ArGe ein Unterschriftenformular für die Bildung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft in DIE LINKE.

In mindestens acht Landesverbänden müssen sich jeweils ein Zweihundertstel der Mitglieder für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft aussprechen. Inzwischen sind 95 Unterschriften in Landesverbänden der alten Bundesländer gesammelt worden. Sechs Landesverbände haben das Ziel erreicht. Vielen Dank. Das reicht aber noch nicht aus!

Landesverband	Nötige U	Reale U
Baden-Württemberg	9	18
Bayern	8	9
Berlin	48	2
Bremen	2	0
Hamburg	4	5
Hessen	8	5
Niedersachsen	10	13
Nordrhein-Westfalen	21	31
Rheinland-Pfalz	5	2
Schleswig-Holstein	3	10
Gesamt	118	95

Unterschriften faxen, mailen oder mit der Post schicken:

Jörg Detjen, c/o GNNVerlag mbH,
Venloer Str. 440, Toskana-Passage
50825 Köln.

Fax: 0221-21 53 73

Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Klarstellung des GNNVerlages
Richterliche Entscheidung gegen herabwürdige CDU-Berichterstattung**

Mitte August 2007 veröffentlichte der CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen ein Schriftstück „Vermerk über den Übergangsvorstand der Linken in NRW“. Verschiedene Zeitungen, u.a. die WAZ und die Bildzeitung, berichteten über die Aussagen des „Vermerks“.

Wir bitten Sie dringend, diese Quelle nicht weiter zu verwenden.

Das Landgericht Düsseldorf hat auf Antrag unseres Geschäftsführers Jörg Detjen gegen den CDU Landesverband NRW, vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers sowie den Generalsekretär Hendrik Wüst eine einstweilige Verfügung erwirkt. In dem Urteil 12 O 508/07, verkündet am 31.10.2007, heißt es:

„Den Antragsgegnern wird unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000 Euro und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, der Ordnungshaft oder der Ordnungshaft bis zu 6 Monaten für jeden Fall der

Zu widerhandlung untersagt, die Behauptung aufzustellen und/oder aufstellen zu lassen und/oder zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen:

a) Herr Wolfgang Freye und Frau Ulrike Detjen seien Teilhaber am GNNVerlag,

b) dieser Verlag sei über Jahre verdeckt aus Mitteln der PDS NRW finanziert worden.“

Damit hat das Gericht der Klage in vollem Umfang stattgegeben.

Zu a) stellt das Gericht fest, dass weder Herr Freye noch Frau Detjen – beide Mitglieder des ehemaligen Landesvorstandes der Linkspartei.PDS und des Übergangslandesvorstandes DIE LINKE. NRW – Gesellschafter des GNN-Verlages sind und die Behauptung geeignet ist, „auf rechtswidrige Weise in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ einzugreifen.

Zu b) stellt das Gericht klar: „Diese Äußerung setzt die Antragstellerin in den Augen der Öffentlichkeit herab.“ Der Begriff der „Finanzierung“ erwecke den Eindruck, dass der Verlag Gelder ohne Gegenleistungen erhalten habe, was nicht der Fall sei.

Köln, den 7. November 2007, Ulrike Bach und Jörg Detjen

Kein Ausverkauf öffentlichen Eigentums: Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich am vergangenen Wochenende in Hannover an der Konferenz der LINKEN „Öffentliche Unternehmen stärken – Privatisierungen stoppen“.

Übergreifendes Thema war die Bedeutung öffentlicher Unternehmen für die kommunale Daseinsvorsorge und für die demokratische Erneuerung ...

Im Mittelpunkt der Konferenz standen verschiedene Workshops, die sich mit der Rolle öffentlicher Unternehmen, freigemeinnütziger Unternehmen (Non-Profit-Unternehmen) und Genossenschaften für die Entwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge, die Versorgung mit den Grundgütern des Lebens wie Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit usw. beschäftigten.

Festgestellt wurde, dass es für eine Fortsetzung der Privatisierungen in diesem Bereich keine Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Nicht nur die LINKE stellt sich gegen die neoliberale Privatisierungs-Strategie; auch in den anderen Parteien wächst eine Mehrheit gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums heran. Die Ablehnung des Börsengangs der Bahn ist hierfür ein deutliches Zeichen.

Auf der Konferenz wurde auch deutlich, dass ein großes Interesse an Strategien zur Rekommunalisierung privatisierter, ehemals öffentlicher Unternehmen besteht. Insbesondere in der

Abfallwirtschaft haben in den vergangenen drei Jahren solche Rekommunalisierungen erfolgreich stattgefunden; in Ost (Landkreis Uckermark) wie West (Bergkamen), und zwar auch unabhängig von den politischen Mehrheiten.

Die Rekommunalisierung brachte Vorteile für die kommunalen Haushalte, für die Beschäftigten und für Bürgerinnen und Bürger. Und sie war gut für die kommunale Demokratie, denn mit der Rekommunalisierung kann der Gültigkeitsbereich des EU-Wettbewerbsrecht zurückgedrängt werden. An Stelle der Vorherrschaft des billigsten Angebots mit der höchsten Profiterwartung können wieder Gesichtspunkte der Versorgungssicherheit und -qualität, der kommunalwirtschaftlichen Gesamtbelange und des Gemeinwesens Berücksichtigung finden. Es gibt wieder etwas zu gestalten durch demokratische Entscheidungen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Konferenz war, dass die LINKE nicht nur die Privatisierungspläne ablehnen und verhindern kann, sondern sich auch stärker dafür einsetzen muss, dass die öffentlichen Unternehmen und Dienste unter demokratischer Kontrolle, transparent und bürgerorientiert, effizient und wirtschaftlich arbeiten ohne auf Profitmaximierung getrimmt zu sein, vor allem aber, dass durch die demokratischen Gremien die Unternehmensziele vorgegeben und ihre Erreichung kontrolliert wird. Ohne wirksames Beteiligungsmanagement vergibt sich eine Kommune enorme demokratische Gestaltungsmöglichkeiten ...

Auf besonderes Interesse stießen bei den Teilnehmern die beiden Eingangsvorträge. Ulrich Petschow vom Institut für ökologisches Wirtschaften stellte am Beispiel des Einzelhandels (im Landkreis Bitburg) dar, wie die Vorherrschaft der Marktgesetze in Verbindung mit der Konzentration im Einzelhandel zur Austrocknung elementarer Infrastruktur im ländlichen Raum führt. Und Asbjørn Wahl (Norwegen), Gewerkschafter und Koordinator der norwegischen „Initiative für den Wohlfahrtsstaat“, berichtete, wie es in den vergangenen Jahren in Norwegen gelungen ist, den Trend zu immer mehr Privatisierungen zu stoppen und umzukehren. Entscheidend hierfür war, dass es der stark von Gewerkschaften unterstützten und auf breite Bündnisse angelegten Initiative gelungen ist, der Positionen und Wünschen der Bevölkerung in den Kommunen einen politischen Ausdruck zu verschaffen, so dass Parteien, die sich gegen Privatisierungen aussprachen, eine politische Mehrheit bilden konnten – auf kommunaler wie nationaler Ebene.

Zusammenstellung: jöd

Einladung zur Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am

2. Dezember in Frankfurt/Main

Durch die Entwicklung hin zur Partei Die Linke verändern sich die Arbeitsbedingungen für Linke tiefgreifend. Das betrifft auch unser Forum. Das Forum war eine gemeinsame Veranstaltung von Trägerorganisationen, die sich in der Form der „Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“ auf diese Partei bezogen. Diese Konstruktion ermöglichte eine gleichberechtigte Kooperation von Mitgliedern und parteilich nicht gebundenen Linken. Der größere Anteil der Genossinnen und Genossen, die zur Tätigkeit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaften beitragen, hatte auf eine Parteibindung an die PDS bzw. die Linkspartei verzichtet. Daran hat sich durch die Fusion zur Partei Die Linke nichts geändert. Allerdings sieht die Satzung der Partei Die Linke Formen der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Mitgliedern und parteilich nicht gebundenen Linken nicht vor. Wir müssen also dieser Konstruktionen der „Arbeitsgemeinschaft in und bei ...“ Ade sagen.

Ein weiterer Punkt: Unser Forum hat viele Jahre lang die Vorbereitung der Linken Sommer- bzw. Winterschule unterstützt, die von der PDS Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ getragen wurde. An-

lässlich der letzten Sommerschule wurde dort diskutiert, dass diese Arbeitsgemeinschaft sich um die ziemlich hoch gehängten Bedingungen zur Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft in der Partei Die Linke bemühen will, es zeichnet sich ab, dass die dafür nötige Zahl von Unterstützungsunterschriften aufkommt. Obwohl die Tätigkeit der Linken Schule auch künftig offen angelegt sein soll, demokratisch geordnete Kooperationsbeziehungen mit Nichtpartei gebundenen können dort nicht entwickelt werden. Da eine solidarische Finanzierung auf dem Umlagewege für diese AGs nicht mehr vorgesehen ist, kommen sie z.B. auch als Träger publizistische Projekte nicht mehr so recht in Frage. Es ist einfach so, dass die Partei Die Linke was sie fördert auch recht direkt steuern will.

So stehen wir vor der Frage, wie der Arbeitszusammenhang, den unser Forum repräsentiert und der eine nicht ganz kleine Zahl von publizistischen und Bildungsprojekten getragen hat, weiterwirken kann und mehr noch, ob das sinnvoll ist.

Im Arbeitsausschuss des Forums haben wir diskutiert, dass ein Bedarf besteht, den Arbeitszusammenhang fortzuführen, es wird aber ein erheblicher Anpassungsprozess nötig. Zur Diskussion werden die folgenden Papiere vorbereitet.

1. Bericht: Nach der Fusion von WASG und Linkspartei. PDS neue Arbeitsbe-

dingungen für Linke.

2. Gründungsdokument für ein „Forum für politische Bildung und Kommunikation“ – hervorgegangen aus dem Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Das Gründungsdokument wird an der Präambel zur geltenden Satzung unseres Forums ansetzen.

3. Satzungsentwurf zum Gründungsdokument. Geplant ist die Gründung als gemeinnütziger eingetragener Verein, der auf persönlicher Mitgliedschaft beruht.

4. Politische Berichte als Monatszeitschrift. Redaktionelles Konzept. Arbeitsaufwand, Kosten, Finanzierung. Je nach den Ergebnissen der Diskussion müssen die folgenden Entscheidungen getroffen werden:

- Verabschiedung des Gründungsdokuments.
- Verabschiedung der vorläufigen Satzung und Beauftragung von mindestens 7 Leuten mit der Eintragung des Vereins.
- Beschluss über:
 - die Fortführung der Politischen Berichte
 - das redaktionelle Konzept
 - die Redaktionsgeschäftsordnung
 - Redaktionsverantwortlichkeiten / Herausgeberkreis

Die Dokumente zu dieser Tagesordnung können – ganz oder teilweise – am Freitag, den 23.11. per E-Mail verschickt werden. Wenn Postversand erwünscht, bitte an Jörg Detjen mitteilen.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Linken Schule“

Wie bekannt ändern sich mit dem Jahreswechsel die Bedingungen für die Anerkennung von Arbeitsgemeinschaften.

Die Winterschule, die auch in diesem Jahr in Erfurt stattfinden wird, ist die passende Gelegenheit, „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ als Arbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke zu konstituieren.

Außerdem muss wegen der Belastung durch die laufenden Wahlkämpfe die „Linke Schule“ diesen Winter kürzer ausfallen.

Unsere Planung:

Freitag, 4. Januar, 19 Uhr, Erfurt Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft

1. Diskussion der neuen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der ArGe und Konstituierung.
2. Diskussion der Zielsetzungen und Arbeitsvorhaben, Verabschiedung einer Gründungserklärung
3. Möglichkeiten einer solidarischen Finanzierung

4. Wahl der Sprecher/inn/en

Samstag, den 5. Januar

Seminartag zum Thema:

„Aufbau Ost – Ideologien, Strategien, Erfahrungen und die Perspektive linker Politik“

Wir möchten die Annäherung an dieses Thema als gegliederte Diskussion gestalten. Die einzelnen Abschnitte sollten durch Impulsreferate eingeleitet werden.

Beginn 9 Uhr, Ende 18 Uhr

1. Zum konservativ-liberalen Konzept des „Aufbau Ost“ und seiner Durchsetzung
 2. Zur Oppositionspolitik der PDS in den neuen Ländern, Erfolge und Irrwege
 3. De-Industrialisierung und Konzepte der Re-Industrialisierung. Am Beispiel Westberlin/Ostberlin.
 4. Soziale Bewegungen – gemeinsame Schwerpunkte und spezifische Problemstellungen im Westen und im Osten.
- Diese Themenstellungen dienen der Orientierung, da wir den Referentinnen Spielraum lassen wollen.
5. Zusammenstellung einer Literaturliste zu diesem Thema und Vereinbarung über eine Reihe von Lektüreberichten / Buchvorstellungen. Zu die-

sem fünften Punkte bitten wir Interessierte, sich Angebote zu überlegen.

Sonntag, den 6. Januar 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr

- Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten, Unterstützung regionaler Vorhaben bzw. Initiativen von anderen AGs usw.
- Planung der Themen für die Sommerschule, die wieder in AGs tagen sollte.

Anmeldung bis 30. November bei: hanne-reiner@onlinehome.de

Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachten drei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str.12, Klingenstr.4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betrugen zuletzt 26 Euro/Tag und Person.

Meine geraubte Heimat

Als ich auf die Welt kam, 1937, bombardierte die türkische Regierung, in dieser Zeit Verbündete des Hitlers-Regimes, meine Heimat DERSIM (heute türk. Tunceli) und veranstaltete einen Völkermord an Kurden.

Im selben Jahr bombardierte Hitler Guernica.

Damals wie heute haben die fortschrittlichen Kräfte dieses Verbrechen in Guernica verurteilt; aber dass weit hinten in der Türkei ein Volk vom türkischen Militär dezimiert wurde, nahm die Welt leider nicht zur Kenntnis und auch heute ist das Massaker von Dersim kaum bekannt.

Vor 70 Jahren sagte Seyid Riza (ein alevitischer geistlicher Anführer aus Dersim, der damals 75 Jahre alt war und gegen den türkischen Militarismus kämpfte), bevor er aufgehängt wurde: „Ich habe nach meinem Gewissen gehandelt. Meine höchsten Interessen galten der Freiheit meines Volkes und meiner Heimat.“ Aber immer noch ist das kurdische Volk nicht wirklich frei.

Wer heute als Kurde in der Türkei lebt und aus Liebe zu seiner Heimat das Recht auf die eigene Sprache und Kultur einfordert, wird beschuldigt, Separatist zu sein. Hast du einmal diesen Stempel in deiner Akte, gerätst du in einen Strudel. Da ich in Bayern lebe, bin ich der Folter entkommen, aber ich wurde von der Türkei ausgebürgert und meine Habe wurde versteigert.

Heute sage ich auch, dass ich nach meinem Gewissen handle und für meine erste Heimat kämpfe. Ich betrachte als meine Heimat meine Muttersprache, meine Kultur und Identität. Weil sie mir bzw. uns Kurden geraubt worden sind, kämpfe ich auf friedlichem Wege, sie zurückzuerlangen.

Die türkischen Machthaber haben mir etwas besonders Kostbares genommen, nämlich meine Muttersprache. Das ist sicherlich für einen Mann des Wortes das schlimmste Verbrechen.

Nachdem die Türkei durch ihre repressive Politik die Kurden in ihrer Muttersprache zu Analphabeten machte, schrieb ich meine Bücher in der Sprache der Unterdrückten, in Türkisch, weil mir meine Muttersprache geraubt wurde und ich deshalb nicht in der Lage bin in Kurdisch Romane zu schreiben.

Die Seele eines Menschen, der einmal seine Heimat verloren und als Emigrant in der Fremde leben muss, ist gespalten.

Das bessere und durchaus sichere Leben hier in meiner zweiten Heimat in Bayern kann mir nicht helfen, meine eigentliche Heimat zu vergessen, obwohl ich die Berge von Bayern wie die in Dersim liebe und hier meine Familie habe (und seit vielen Jahren eine Organisa-

tion, die GEW, als geistige und solidarische Heimat sehe).

Es ist selbstverständlich, dass man sein Leid und seine traumatischen Erinnerungen mit in die Diaspora nimmt. Man ist bis in die Seele verletzt, wenn man vom Tod eines Verwandten oder Freundes hört oder von der Zerstörung eines Dorfes oder der Verbrennung eines Waldes, den man kennt...

Ich konnte mich von diesen Ereignissen nicht befreien. Deshalb wurde ich in der Türkei als Separatist abgestempelt und hier vor kurzem wie ein Terrorist behandelt.

Mein Verbrechen ist es, dass ich über das Massaker von Dersim, in dem wir 70.000 Menschen zu beklagen haben, Bücher schreibe.

Mein Verbrechen ist es, dass ich über unsere Muttersprache, die in der Türkei verfassungsmäßig nicht als Erziehungs- und Unterrichtssprache in den staatlichen Schulen angeboten werden darf, schreibe.

Mein Verbrechen ist es, dass ich für Brüderlichkeit, Freiheit, und Gleichheit auch für die Völker in der Türkei plädiere.

Ich will die Gleichheit von Türken und Kurden. Es soll ein Kurde nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Türke sein.

Ja das ist mein Verbrechen.

Meine Hilfe für Dersim

Dersim ist mein Heimatort, meine Muttersprache, mein Dasein. Dersim ist meine Liebe zur Natur und zu den Menschen. Dersim ist natürlich auch mein Trauma. Ich werde immer mit meiner Kraft Dersim helfen, dass die Menschen dort freier werden, dass die Kinder nicht mein Schicksal, sondern ein besseres erleben.

Deshalb gründeten wir, die Dersim-Kurden, den Verein „Dersim-Gesellschaft für Wiederaufbau e.V.“ (mehr unter www.dersim-wiederaufbau.de), dessen Vorsitzender ich bin, der die von unseren Landsleuten erhaltenen Spenden direkt nach Dersim transferiert.

Wir haben bis jetzt für die Stadt Dersim eine Baumaschine finanziert und als letztes haben wir für 20 arme Frauen ein FRAUEN-BÄCKEREI-PROJEKT geschaffen und dafür gesammelt. Die Bürgermeisterin hat dafür 70.000 Euro von uns erhalten. Mittlerweise wurde dieses Projekt am 10. August 2007 von Kurdinnen feierlich eröffnet.

Nach einem Benefizkonzert der Wellschwwestern – der „Wellküren“ – und dem Verkauf meiner Bücher und der Hilfe des damaligen GEW-Vorsitzenden Schorsch Wiesmeier haben wir im Münchner Ratskeller vor den Augen vieler Menschen 5.500 Euro an die Bür-

germeisterin von Dersim ausgehändigt. Sie hat damit und mit Hilfe ihrer Mitarbeiter in einem von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Haus ein JUGEND-KULTUR-ZENTRUM eröffnet, in dem die Jugendlichen Bücher lesen und verschiedene Kurse – z.B. in Theater, Folklore, Musik oder Englisch – besuchen und kostenlos das Internet benutzen können.

Da dieses Jugend-Kultur-Zentrum keine Staatshilfe erhielt, ist es auf unsere Hilfe angewiesen. Das Jugend-Kultur-Zentrum braucht Geld für Computer, Bücher, Büromaterial und für das Honorar der LehrerInnen.

Für dieses Zentrum erbat ich Spenden statt Geschenke zu meinem 70. Geburtstag. Auf der Feier im Münchner DGB-Saal – für deren Ermöglichung ich mich bei der GEW ganz herzlich bedanke! – wurden bereits 1720 Euro gesammelt.

Für weitere Spenden stellte die GEW bis Ende des Jahres ihr Solidaritätskonto bis Ende 2007 zur Verfügung („GEW Bayern, Solidaritätskonto“, Nr. 17 02 10 09 01 bei der SEB München, BLZ 700 101 11, Kennwort „Jugendkulturzentrum Dersim“).

Wer weiter spenden will, kann an den Verein:

Dersim-Gesellschaft für Wiederaufbau e.V. (gemeinnützig), Postbank Dortmund, Kontonummer: 687 152 466, Bankleitzahl: 440 100 46 einen Beitrag überweisen.

Die Kinder in Dersim sind auch heute in einer bedrohten Situation und müssen befürchten, in Armut leben zu müssen. Wer dem Jugend-Kultur-Zentrum in Dersim hilft, hilft den Kindern, die dort durch diese Kurse ihre Persönlichkeit entwickeln und sich so in der demokratischen Welt zu integrieren können.

Notizen:

Haydar Isik unterrichtete als Lehrer in der Ludwig-Thoma-Realschule Türkisch. Seit zehn Jahren ist er im Ruhestand und schreibt Bücher in türkischer Sprache, die in Istanbul verlegt sind. Die Bücher: „Der Agha aus Dersim“, „Die Vernichtung von Dersim“ sind ins Deutsche übersetzt worden. Dersim: heutiger türkisierter Name ist Tunceli.

Er hat auch zahlreiche Romane in Türkisch: „Dersim Tertelesi“, „Dersimli Memik Aga“, „Bitlis Beyi Abdal Han'a gönderilen Kanli Ekmek“, „Serkoy'dan Sultan Selahaddin Eyyubi'ye“. Mehr unter www.haydar-isik.com.

Haydar Isik wurde am 5. Juli 2007 verhaftet, weil er wegen seiner Sammlungen für Dersim verdächtigt wurde, bewaffnete Aktionen der PKK zu unterstützen, deren Hauptstützpunkt Dersim sei.



Köln: Roma-Fest am 20. Oktober – ein voller Erfolg!

Das Romakulturfest am Sonntag, 20.10. fand im Rahmen der interkulturellen Woche 2007 auf dem Gelände von Amaro Kher statt. Über 300 Gäste besuchten im Verlauf des Nachmittags das Schul- und Kulturzentrum „Amaro Kher“ des Rom e.V. und feierten bei sommerlichem Wetter begeistert mit.

Der ehemalige Regierungspräsident Jürgen Roters, Vorsitzender des Fördervereins für „Amaro Kher“, eröffnete das Fest zusammen mit Renate Graffmann, der Vorsitzenden des Rom e.V. Schon am Eingang stieg den Besuchern der verführerische Duft von gebratenen Lämmern und Schweinen in die Nase, die von Milorad und Slavo am Spieß gedreht wurden. Die Band „EleganCi“ sorgte mit schmissigen Rhythmen für tolle Stimmung. Die Kinder der Roma-Schule zeigten eine lustige Modenschau und maßen sich mit anderen jungen Gästen in einem Geschicklichkeitspar-

cours. Wir konnten bei herrlichem Sonnenwetter unser Außencafé einweihen; die Roma-Frauen verwöhnten uns mit schmackhaften Gerichten, nicht zuletzt mit einer „Original Zigeuner-Gulaschsuppe“. Ein Bücherflohmarkt bot verschiedene Schnäppchen und eine Tarot-Spezialistin weissagte mancher Besucherin und auch manchem Besucher verführerische Begegnungen. Demgegenüber hatte leider eine Handleserin für manchen Unmut gesorgt.

Jovan Nikolić und Ruzdija Sejdović lasen aus ihren Werken. Eine Diaschau und der Film „Amaro Kher – die erste Chance ihres Lebens“ informierten über die Arbeit mit den Roma-Kindern in „Amaro Kher“.

Für Interessierte gab es Führungen durch die Räume der Einrichtung. Am Nachmittag erfasste viele Gäste das Tanzfieber zu fetzigen Balkanrhythmen und ein immer noch wunderschöner Herbsttag klang harmonisch aus.

Weitere Fotos von dem Fest finden sich auf der Webseite: www.romev.de/1.html
Text und Fotos: Kurt Holl (Lb Köln)

Europaparlament diskutiert Flexicurity-Konzept

Am 27. Juni hatte die europäische Kommission eine Mitteilung zu ihrem Flexicurity-Konzept veröffentlicht, in dem der Begriff operationalisiert wird.¹ Die Kritik aus dem gewerkschaftlichen Lager war stark und sieht in dem Konzept vor allem einen Angriff auf Kündigungsschutz und tarifliche Standards, ignoriert dabei aber Ansatzpunkte in verschiedensten Politikfeldern. Für die weitere Konkretisierung wird vor allem auch die Stellungnahme des Europäischen Parlaments von Belang sein und somit auch Auswirkungen auf die nationalen Arbeitsmarktpolitiken und die tariflichen und betrieblichen Standards haben. Diese Stellungnahme wird derzeit im Europäischen Parlament vorbereitet. Die letzte Version eines entsprechenden Arbeitspapiers datiert vom 5. November. Nach einer Abstimmung im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten wird das EP Ende November in seiner Plenarsitzung eine Position verabschieden.

In dem Entwurf, der wohl nur noch wenige Änderungen vor seiner Verabschiedung im Ausschuss und auch in der Plenarsitzung erfahren wird, wird eine Reihe von grundsätzlichen Aussagen gemacht, die für die praktische Umsetzung des Konzeptes bedeutsam sind und Räume für die politische Ausgestaltung eröffnen können. Der Kommission wird ein verkürztes Verständnis von Flexicurity vorgeworfen und die Befürchtung wird geäußert, der Flexicurity-Begriff sei von den politischen Kräften okkupiert, die ihn schlicht als Mittel der Deregulierung benutzen wollten. Dagegen wird die Kommission aufgerufen, „sich den Grundsatz der Arbeitnehmersicherheit zu eigen zu machen“. Der Begründungstext beginnt mit einer Definition des europäischen Sozialmodells, die gewissermaßen als Leitschnur für ein Flexicurity-Konzept gelten soll. Die Definition unterstreicht die Werte der Gleichheit, der Solidarität, individueller Rechte und Verantwortung, des Diskriminierungsverbotes sowie der Umverteilung. Ausdrücklich wird ein europäischer legislativer Rahmen beschrieben, in dem Flexibilität gefördert werden kann. „Richtlinien wie die zur Arbeitszeit, zur Zeitarbeit, zur Entsendung von Arbeitnehmern oder zu den europäischen Betriebsräten sowie zur Information und Konsultation von Arbeitnehmern müssen den Schutz der Beschäftigten EU-weit garantieren und erhöhen, um ihr Vertrauen zu stärken und die Risiken auszugleichen, die aufgrund des verschärften Wettbewerbs-



drucks, des Strukturwandels und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes entstehen.“

Gleich zu Beginn seiner Erwägungen stellt das Parlament heraus, dass Arbeitsschutzgesetze keine Ursache für hohe Erwerbslosigkeit sind. Dagegen wird von der Kommission gefordert, die Verabschiedung der auf Eis liegenden Richtlinie zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern sowie der ebenfalls auf Eis liegenden Revision der Arbeitszeitrichtlinie weiter zu verfolgen. Bezüglich der Arbeitszeitrichtlinie wird die Gelegenheit genutzt, einige Schutzforderungen zu formulieren bzw. zu wiederholen. So wird die Reduzierung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden sowie die Abschaffung aller Möglichkeiten eines Opt-out (nationaler Ausnahmen) gefordert. Ergänzend spricht sich das EP für Maßnahmen gegen die Arbeitsmarktsegmentierung aus und es wird die Notwendigkeit betont, dass starke Gewerkschaften Voraussetzung sind, um gegen den sinkenden Erfassungsgrad von Tarifverträgen vorzugehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung des EP, Tarifverhandlungen auf der europäischen Ebene zu fördern.

Auf der Grundannahme, dass es nicht das Ziel der Grundrechte oder des Arbeitsrechtes sein kann, „Beschäftigte lebenslang auf demselben Arbeitsplatz zu halten“, formuliert das EP unter Punkt 5 seiner Stellungnahme Politikbereiche, die für die weitere Debatte auch der gewerkschaftlichen Strategiebildung im Bereich der Arbeitspolitik von Interesse sind.

„Hauptanliegen sollte es sein, einen flexiblen Arbeitsmarkt zu schaffen, und zwar durch folgende Maßnahmen: Anhebung des Bildungsniveaus und Erweiterung des Angebotes an Ausbildungs- und Umschulungsprogrammen, Abbau von Arbeitsmarktbarrieren für Frauen, Zugewanderte, ältere und jüngere Beschäftigte und andere benachteiligte Gruppen, Beseitigung von Hindernissen für die berufliche und geographische Mobilität und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Beschleunigung des Übergangs in ein neues, hochwertiges Arbeitsverhältnis; betont die entscheidende Rolle der neuen Technologien im Bereich von Bildung und Ausbildung ... ; lehnt die von der Kommission vorgenommene Unterscheidung nach Insidern und Outsider ab“. Letzter Punkt wird durch die Forderung ergänzt, Maßnahmen gegen prekäre Arbeit und missbräuchliche Beschäftigungspraktiken zu ergreifen sowie durch die Forderung, die Anerkennung von Qualifikationen, die in formalen, nicht formalen und informellen Lernkontexten erworben wurden, zu fördern.

rog

Buchbesprechung

„Grenzkonflikte der Arbeit“

Das Unangenehme vorweg: Untertitel und Klappentext des vorgestellten Buches 1) sind ein Versehen oder ein fast schon frivoles Aufschneiden. Beides suggeriert die Befassung mit Arbeitspolitik aus einer europäischen Perspektive. Dies findet jedoch nicht statt. Zwei von insgesamt 20 Beiträgen berühren eine europäische Perspektive. Einer (Wilfried Kruse) umreißt ein Forschungsvorhaben, mit dem Veränderungen in den Sozialbeziehungen, den Arbeitsvertragsrechten und den industriellen Beziehungen nachgegangen werden soll. Ein weiterer Beitrag (Frieder Otto Wolf) beschäftigt sich mit Gründen, warum der Kampf der französischen Jugendlichen gegen die von der Villepin-Regierung geplanten Gesetzesänderungen zum Kündigungsschutz eine Solidarisierung in der Gesellschaft auslösen konnte. Ausgehend von dieser Erfahrung werden Veränderungen im gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörper beschrieben, von denen neue Bündniskonstellationen erwartet werden.

Die insgesamt 20 Beiträge des Bandes mit einer Länge von 8 bis 29 Seiten variieren zwischen Meinungsäußerung, Darstellung gewerkschaftlicher Konzepte und Sichtweisen, theoretischer Erörterung und Darstellung des akademischen Diskussionsstandes. Vor dem Hintergrund des Fehlens einer zusammenhängenden industriesoziologischen Diskussion ist der Ansatz zu begrüßen, praktische Entwicklungen, Versuche gewerkschaftlicher Interventionen und theoretische Ansätze in einem Band zu vereinen, um die jeweiligen Debatten einem interessierten Publikum zugänglich zu machen. Die meisten Beiträge fragen explizit nach Handlungsperspektiven betrieblicher Interessenvertretung und der Gewerkschaften

Gegliedert ist das Buch in fünf Abschnitte. Zwei Aufsätze bilden den ersten Abschnitt des Buches. In einem (Eberhard Ulich) werden, basierend auf dem Vorwurf, dass die mangelnde Berücksichtigung früherer Arbeiten ein weit verbreitetes Phänomen in der industriesoziologischen Diskussion sei, einige zentrale Etappen der arbeitswissenschaftlichen Diskussion. Der zweite Beitrag plädiert für staatliche Politik in Richtung eines qualitativen Keynesianismus, als Rahmenbedingung für gestalterische Arbeitspolitik und wurde von Karl Georg Zinn verfasst.

Der folgende Abschnitt besteht aus fünf Beiträgen, die sich mit konkreten

Gegenständen betrieblicher Arbeitspolitik befassen. Zwei drehen sich um die Frage der Arbeitszeitpolitik (Steffen Lehdorff bzw. Andrea Fergen) und drei beschäftigen sich mit Formen der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit). Erfreulich nüchtern fällt die Bestandsaufnahme bezüglich der Ergebnisse gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik seit Mitte der 80er Jahre aus. Es wird für eine Konzentration auf die Arbeitsschutzfunktion (statt einer beschäftigungspolitischen Funktion) gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik orientiert. Im Rahmen des Projektes Gute Arbeit der IG Metall wurden zwei Instrumente für die Betriebsarbeit entwickelt. Ein „Arbeitszeit-TÜV“ erlaubt die Beurteilung bestehender Arbeitszeitregime unter Gesundheitsgesichtspunkten und die Software „Optischicht“ dient der Gestaltung möglichst belastungsarmer Schichtsysteme.

Mit „Neue Ansätze für Arbeitspolitik in Deutschland und Europa“ ist der folgende Abschnitt überschrieben. Er beherbergt fünf wesentlich politische Diskussionsbeiträge mit viel Meinen.

Das vorletzte Kapitel besteht aus



sechs Beiträgen, die verschiedene Aspekte als für künftige arbeitswissenschaftliche Forschung relevant herausarbeiten bzw. umfassendere Ansätze vorstellen. Tendenz der Aussagen: Laufende Veränderungen verstärken eine Subjektivierung der Arbeit, verstanden als neue Freiheitsräume im konkreten Arbeitsprozess, die jedoch durch den direkten Durchschlag der Marktbeziehungen auf den einzelnen Arbeitsplatz determiniert sind.

Den Abschluss bilden zwei Beiträge zur gewerkschaftlichen Diskussion um die Revitalisierung einer eigenen Arbeitspolitik. Einer bezieht sich auf die IG Metall Kampagne „Gute Arbeit“, der

1) Siehe Politische Berichte 19/2007, S. 20–23



Die häufig generalisierende Tendenz industriesoziologischer Ansätze und Theorien wird der schon immer differenzierten Struktur von Momenten wie Betriebsgröße, Arbeitsorganisation, Aufgabenzuschnitt, Hierarchie oder Funktion des Eigners kaum gerecht.

andre auf die Initiative „Forum Neue Politik der Arbeit“, in der unter anderem der DGB Berlin Brandenburg mitarbeitet.

Erfreulich ist an dem Band, dass von verschiedenen Autoren eine kritische Auseinandersetzung mit generalisierenden Thesen geführt wird. Martin Kuhlmann (SOFI Göttingen) hält in seinem Beitrag fest, dass die empirische Reichweite vieler Trendaussagen sehr schwach sei. „Die Datengrundlage für weiterreichende Aussagen im Sinne einer Landkarte der Arbeit sowie insbesondere für Entwicklungstendenzen ist nach wie vor eher unbefriedigend.“ (S. 129–130) Dies wird in einer Reihe weiterer Beiträge fortgeführt, beispielsweise wenn bestimmte Trendbegriffe wie „Subjektivierung der Arbeit“ oder „Entgrenzung der Arbeit“ als Momente eines Prozesses, aber eben nicht als Kern von Entwicklungen dargestellt werden (Ines Langemeyer – Brandenburgische Technische Universität Cottbus).

Erich Latniak von der Universität Duisburg-Essen (Institut für Arbeit und Qualifikation) geht einem weiteren Mangel in der industriesoziologischen Diskussion nach. Er beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem organisatorischen Wandel in den Betrieben und geht dabei von der Annahme aus, die Gruppenarbeitseuphorie der 90er Jahre sei abgeklungen („Geschichte enttäuschter Hoffnungen“, S.145–146). Es ist einer von zwei Beiträgen des Bandes, der mit empirischen Erhebungen arbeitet. Sein Anliegen ist es, die Beschränktheit arbeitsorganisatorischer Konzepte nachzuweisen. Der Wandel in den Betrieben und der Erfolg deutscher Konzerne auf den internationalen Märkten habe sich sowohl durch Wandlungen in den Unternehmensstrukturen, den Arbeitszeitmustern als auch durch Konzepte der Personalausnutzung, die sich nicht einfach aus der Arbeitsorganisation ergeben, generiert.

Die von Erich Latniak vorgetragene Kritik trifft sich wohl mit der Aussage von Eberhard Ulich, dass: „Auch für manche arbeitspsychologische und sozialwissenschaftliche Fragestellung gilt, dass der Verzicht auf historische Orientierung nicht nur mangelnde Sorgfalt erkennen lässt, sondern auch Wissenslücken offenbart, die mit – teilweise sehr aufwendig erarbeiteten – angeblich neuen Konzepten oder methodischen Vorgehensweisen gefüllt werden.“ (S. 28)

Mindestens dort, wo in dem Band Protagonisten bestimmter Trendaussagen oder Konzepte zu Wort kommen, dominiert die Verteidigungsrede. Das schmälert leider seinen Gebrauchswert.

Rolf Gehring

Gerd Peter (Hrsg.): Grenzkonflikte der Arbeit – Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik. VSA-Verlag; Hamburg 2007

Buchbesprechung

Die Sache mit dem Elefanten

Der Autor kann für sich in Anspruch nehmen, das erste und bisher einzige belletristische Buch über Erfahrungen eines DDR-Diplomaten geschrieben zu haben. Und das mit Recht.

Gerhard Haida beschreibt, als Stefan Apel im Buch verfremdet, viele Erlebnisse im diplomatischen Dienst, Dispute mit Vorgesetzten und Kollegen und Erfahrungen die er in Moskau und anderswo gesammelt hat. In einigen Episoden wird sein inzwischen kritisches Verhalten zu Vertretern der sowjetischen Außenpolitik, aber auch zur DDR-Obrigkeit sichtbar. Dabei hat er auch Meinungen und Standpunkte von

Diskussionspartnern untergebracht. Er macht keinen Bogen um widersprechende Positionen zur Außenpolitik der DDR und zu seinen ehemaligen Vorgesetzten. Wenig amüsant seine Erinnerungen an Begegnungen mit DDR-Bürgern im Ausland.

Er schildert ein Gespräch mit einer Frau in den Räumen der Handelsvertretung in Algier, die schon während ihres Studiums in der DDR einen Algerier geheiratet hat. Jetzt wohnhaft in der Hauptstadt, sucht die diplomierte Ingenieurin für Stahlhochbau mit zwei Kindern irgendeine Arbeit, und sei es als Putzfrau. Sie müsse unbedingt Geld verdienen, zumal ihr Mann, ein studierter Lebensmitteltechniker, arbeitslos sei. Vielleicht könne die DDR-Vertretung ihr helfen. Sie konnte nicht. Enttäuscht und von Tränen überströmt verließ sie die Handelsvertretung.

Ähnlich erging es einer Leipzigerin, der er auf dem Flughafen-Transit mit ihrem Sohn in Lagos begegnete. Sie wartete wie er auf die INTERFLUG-Maschine nach Berlin. Die blonde Sächsin war mit einem Afrikaner verheiratet, der in Benin eine Zahnarztpraxis mit moderner DDR-Technik unterhielt. Nur zahlungskräftige Patienten blieben aus, so dass er die Familie kaum ernähren konnte.

Apel erinnerte sich an einen Artikel in einer sowjetischen Zeitschrift, der die Odyssee einer Tochter eines einflussreichen SED-Funktionärs auf Kreisebene schilderte. Weil ihre Ehe mit einem Afrikaner nicht mehr funktionierte, wollte sie wieder in die DDR zurückkehren. Als sie die Vielweiberei ihres Angetrauten nicht mehr ertrug und laut zeterte und ihr Schicksal beklagte, bot er sie auf einem lokalen Markt zum Kauf feil. Niemand wollte die geforderte Summe auf den Tisch legen. Da stimmte er schließlich mit einem Tausch der Frau gegen einen jungen, kräftigen Elefanten zu. Kurz: die Frau konnte in die tschechische Botschaft flüchten, die ihr eine Flugkarte nach Berlin spendierte. Kurios ist dabei, dass das der tschechischen Botschaft den Schiedsspruch eines örtlichen Richters einbrachte, zur Strafe den Elefanten bezahlen zu müssen.

Der Autor hat in dreißig Jahren seiner außenpolitischen Tätigkeit den Kampf um die diplomatische Anerkennung der DDR erlebt, die Wirkungen der Hallstein-Doktrin und die Diskriminierung der DDR-Diplomaten im Ausland. Dabei verdrängte der Autor nicht die menschlichen Schicksale, denen er begegnete. Eine kurzweilige Lektüre, die nachdenklich machen sollte.

Franz-Karl Hitze

Gerhard Haida: „Ein Tag in Lagos – Nach Erinnerungen eines DDR-Diplomaten erzählt“, BS-Verlag Rostock 2007, gebunden, 334 Seiten, Preis 19,90 Euro, ISBN 978-3-86785-005-6

23. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Nürnberg. Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

23. bis 25. November. Prag. II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.

24. November. Berlin. Beratung der BundesAG Kommunalpolitik gemeinsam mit der AG Wirtschaftspolitik der Partei Die Linken. Schwerpunkt: Kommunales Eigentum. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1.

24. November. Stuttgart. Arbeitskonferenz Mindestlohn – Lohndumping – Leiharbeit der AG Betrieb&Gewerkschaft der Partei Die Linke. Sitzungssaal des Verdi-Landesbezirks Stuttgart, Königstr. 10A.

30. November. Oldenburg. ALSO goes WISSENSCHAFT: „Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert“. Symposium anlässlich des 25-jährigen Bestehens der ALSO, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg. 9 bis 22.30 Uhr, BIS-Saal der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Sonntag, 2. Dezember,
Frankfurt am Main. Beginn 8.30 Uhr.

Auf der Tagung soll diskutiert und entschieden werden über die Fortführung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften als ein Forum für politische Bildung und Kommunikation sowie das Konzept für die Fortführung der Zeitschrift „Politische Berichte“ (siehe ausführlicher Seite 19)

Wichtiger organisatorischer Hinweis:

Die Tagung ist öffentlich. Anmeldungen sind erwünscht. Wir wollen Sonntag früh anfangen, ca. 8.30 Uhr. Von weiter her Anreisende bitte Übernachtungswunsch anmelden bei:

Jörg Detjen, c/o GNN Verlag mbH,
Venloer Str. 440, Toskana-Passage
50825 Köln.
Fax: 0221-21 53 73
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

2. Dezember. Frankfurt. Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, siehe Einladung Pol. Ber. Nr. 19 auf Seite 18.

2. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

4. bis 6. Januar. Erfurt. Linke Winterschule. Durchgeführt von der Arge Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Ausführliche Ankündigung Seite 19. Bitte **bis 30. November anmelden** bei: hanne-reiner@onlinehome.de.

13. Januar. Berlin. Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.

Linke Winterschule in Erfurt

von Freitag, 4. Januar bis Sonntag, 6. Januar 2008

Freitag, 4. Januar, 19 Uhr: Mitgliederversammlung der Arge Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung.

Samstag, den 5. Januar, 9 bis 18 Uhr

Seminartag zum Thema:

„Aufbau Ost – Ideologien, Strategien, Erfahrungen und die Perspektive linker Politik“

Wir möchten die Annäherung an dieses Thema als gegliederte Diskussion gestalten. Die einzelnen Abschnitte sollten durch Impulsreferate eingeleitet werden.

Sonntag, 6. Januar, 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Planung für die Sommerschule.

Anmeldung bis 30. November bei: hanne-reiner@online-home.de (Näheres siehe auch Seite 19)

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräsid.	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemberg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html